

Kamener Zeitung

Unentgeltliches Anzeigenblatt für Frauen.
Für den Raum der empfangenen 10 Goldstücke
von Interessenten direkt aufgegebenen Anzeigen aus dem Ver-
breitungsgebiet der Kamener Zeitung. Kamener Zeitung, S. 1. b. 3.
in Kamern. Geschäftsstelle: Kamern Markt 15, Fernspr. 1.

Volksfreund für Kamern und Umgegend verbunden mit der
Wärkischen Zeitung.
Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Bezugspreis für den 1. Monat 2 Goldmark. Geld
wird in der Vorauszahlung oder auf Rechnung der Zeitung ge-
fordert. Bei Abnahme des Blattes oder auf Rechnung der Zeitung
wird die Abrechnung vom 1. d. M. an.
Vertrieb: S. Schödel, Kamern.

Nr. 62. (1. Blatt).

Dienstag, den 15. März 1927.

55. Jahrgang.

Die Tarifverhandlungen im Ruhrbergbau.

Keine Einigung.

Die Schlichtungsverhandlungen in Essen, in denen die hauptsächlichsten Streitpunkte betr. Arbeitszeit, Urlaub und Gedingeregulation ausführlich erörtert wurden, führten, wie zu erwarten war, zu keiner Einigung zwischen den Parteien. Nach vierstündigen Verhandlungen wurde eine Schlichterkommission gebildet, die unter dem Vorsitz des Schlichters, Landgerichtsdirektor Dr. Jötten, heute zusammentritt.

Eurtius über die Wirtschaftslage.

Aus dem Reichstage.

Sitzung vom 14. März 1927.

Im Reichstage erfolgte die zweite Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums. Einleitend gab hierzu

Reichswirtschaftsminister Dr. Eurtius einen Überblick über die Tätigkeit eines Ministeriums. An neuen Aufgaben für 1927 nannte der Redner die Reichswirtschaftszählung, die Erhebung von Haushaltsrechnungen zum Aufschluß über die Lebenshaltung der Bevölkerung, die Produktions- und Lohnstatistik. Zur Verbesserung der Handelsstatistik, insbesondere der Einführung eines Anmeldeformulars für die Wareneinfuhr, wird dem Reichstag eine Vorlage zu gehen. In der Rationalisierung liegt nur die erste Etappe erreicht. Die Verbesserung der Technik steht noch bevor. Sobald der Plan eines Großspannungsgesetzes fertig gestellt sei, dürfe seine Durchführung nicht durch Schwierigkeiten bei der Verleihung des Enteignungsrechtes gestört werden. Endziel der ganzen Rationalisierung müsse die Wiederaufnahme aller brauchbaren Arbeitskräfte und die Hebung der Kaufkraft der ganzen Bevölkerung sein. Bei der Besprechung der

Gold- und Handelsvertragspolitik
betonte der Redner: Wir und Afrika nehmen wachsende Mengen deutscher Ausfuhrerzeugnisse auf. So sehr Deutschland danach trachte, das Handelsvertragsystem zum Abschluß zu bringen, so sei man noch immer vom Ziel entfernt und habe noch schwere Aufgaben, wie die Handelsverträge mit Polen, Frankreich und der Tschechoslowakei, zu lösen. Die Einschränkung eines neuen deutschen Zolltarifs, die vom Reichstag gefordert werde, würde im Augenblick nur noch größere Verwirrung hervorrufen. Der Minister kündigte eine Vorlage der Reichsregierung über

die Bekämpfung der Agrarzölle für die Zeit nach dem 1. März an und verwies auf die neuen Wege, die man zur Steigerung der Ausfuhr zu gehen beabsichtige. Auf dem Gebiet der Geld- und Kreditpolitik hätten die Wünsche der Auslandskreditgeber und des Inlandskapitals im vergangenen Jahre eine beträchtliche Verminderung erfahren. Bei den Besprechungen zwischen Dr. Schacht und dem Reichskabinett sei auch von den Rückwirkungen der Geld- und Kreditmarkts auf

die Zahlungen der Reparationsleistungen ausgegangen. Die bisherige Erfüllung der Reparationsverpflichtungen, die im wesentlichen darauf hinausläufe, Annuitäten durch Aufnahme neuer Schulden zu schaffen, führe zu Substanzverlusten und sei daher alles andere, als eine ordnungsmäßige Erfüllung des Darlehensplanes.

In der Aussprache wies Abg. Frau Seuder (Soz.) auf das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch hin. Trotz ungeheurer Arbeitslosigkeit — die Zahl der Arbeitslosen sei auf 200 000 gestiegen — sollte die Konsumvermehrung nicht nur neuerdings nicht zu Neueinstellungen, sondern nur zu Reibkräften benutzt werden. — Abg. Dr. Reichert (Dnt.) stimmte der Vorrednerin nur in dem Punkte zu, daß mit den Reichsgeldern vorzüglich umgegangen werden müsse. Die Sozialdemokratie habe selbst auf Rationalisierung gedrängt, jetzt dürfe sie sich nicht über die Folgen beklagen. — Abg. Schlad (Ztr.) will aus verschiedenen Erscheinungen erkennen, daß es mit unserer Wirtschaft vorwärts gehe. Das Ministerium solle dahin wirken, daß die Verschuldung an das Ausland eingeschränkt wird. — Abg. Albrecht (D. Wp.) wies darauf hin, daß zu Beginn der Stabilisierung die Stellung der Produktion stärker gewesen sei als die der Finanz. Denn erstere habe wenigstens ihre Sachwerte gerettet, während die Finanz nahezu alles verloren habe. Die Produktion habe aber zu allem, was man unter dem Schlagwort „Nationalisierung“ verstehe, in

Die kommenden Auseinandersetzungen über Genf.

(Auf Grund letzter dröhnlicher Informationen unserer Berliner Vertretung.)

Nach der Rückkehr des Außenministers Dr. Stresemann aus Genf werden nunmehr in den nächsten Tagen ausführliche Erörterungen über die außenpolitische Lage stattfinden, bei denen das vielumstrittene Ergebnis der Genfer Ratstagung einer genauen Prüfung unterzogen werden wird. Da der Reichsaussenminister in der entscheidenden Sitzung des Völkerbundsrates am Sonnabend nachmittag ausdrücklich erklärt hatte, daß er seine Entscheidungen auf eigene Verantwortung treffe und an keinerlei Instruktionen gebunden sei, war die Frage aufgeworfen worden, ob der Minister damit nicht eine unzulässige Eigenmächtigkeit begangen habe. Jetzt stellt sich heraus, daß es eine notwendige außenpolitische Demonstration war, eine derartige Erklärung abzugeben, weil man deutscherseits nicht den Eindruck entstehen lassen wollte, als sei der Widerstand gegen das Saarkompromiß auf angebliche nationalitätsförmige Einsprüche innerhalb der Reichsregierung zurückzuführen.

Mit größter Spannung sieht man dem Ausgang des heutigen Kabinettsrates entgegen, dessen große politische Bedeutung schon daraus hervorgeht, daß Reichspräsident von Hindenburg den Vorschlag führt wird. Ein formeller Beschluß des Kabinettsrates ist bisher noch nicht in Aussicht genommen, und man hält es für wahrscheinlich, daß die Beratung heute noch nicht zu Ende geführt werden kann, sondern daß morgen noch eine weitere Kabinettsitzung stattfinden

muß. Der Bericht des Außenministers Stresemann und die ergänzende Darstellung des Staatssekretärs von Schubert über die Genfer Vorgänge werden mehrere Stunden dauern, so daß es fraglich erscheint, ob das Kabinett noch heute die Diskussion darüber eröffnen wird. Nachdem der erste Sturm der Kritik an dem Verhalten Dr. Stresemanns in Genf sich gelegt hat, ist die Opposition der Linken demüthigt, im Auswärtigen Ausschuss, der erst am Freitag zusammentritt, grundlegende Auseinandersetzungen über das Genfer Ergebnis herbeizuführen. Von demokratischer Seite wird ein Vorstoß gegen Dr. Stresemann angekündigt, der sich insbesondere wegen der in Genf angewandten Taktik der deutschen Delegation verantworten soll. Inwieweit von der deutschnationalen Fraktion Kritik an der Haltung Dr. Stresemanns geübt werden wird, hängt von den weiteren Entschlüssen der deutschnationalen Reichstagsfraktion ab.

Somit ist sicher, daß es keinerlei große Entscheidungen geben wird, da sich schließlich die Regierungsparteien gemeinsam dafür einsehen werden, die politischen Nachwirkungen der Genfer Ratstagung auf ein Mindestmaß zu beschränken. Mißtrauensanträge gegen Dr. Stresemann sind voraussichtlich nur von den Völkischen und von den Kommunisten zu erwarten, so daß man vorliebnehmen innerpolitischen Überraschungen gefaßt sein wird.

Kerenski geohrfeigt.

Als in New York Kerenski bei einer Feier aus Anlaß des 10. Jahrestages der russischen Märzrevolution in einer Massenversammlung eine Rede gegen die Sowjetregierung hielt, wurde er von der Braut eines zaristischen Offiziers, die Kerenski vorwarf, am Tode ihres Verlobten Schuld zu sein, geohrfeigt. Kerenski bemerkte lediglich, daß monarchistische Offiziere eine Frau vorhöben. Die Versammlung verlief stürmisch.

Neue Erfolge der Kantonesen.

Uebergang der chinesischen Flotte zur Kantonegierung.

„Times“ meldet aus Shanghai: Der Oberbefehlshaber der chinesischen Flotte in den Gewässern von Shanghai, Admiral Yang, hat in einem Rundschreiben bekannt gegeben, daß er sich der Sache der Kantonesen anschließen werde; alle Offiziere ständen hinter ihm. Sämtliche Marinearchivare wurden aus dem Admiralsgebäude an Bord des Flaggschiffes Kreuzer „Haischan“ geschafft. Die Flagge des Kuomintang wurde gehißt. Die Flotte befindet sich gegenwärtig bei Wufung und besteht aus vier Kreuzern, fünf Zerstörern und drei Kanonenbooten. Die Schiffe sind sämtlich alt und infolge Gelbkrankheits seit Jahren nicht ausgebessert. Es heißt, daß der Admiral selbst nicht sehr auf einem Kampf bedacht ist. Nach einer „Daily Express“-Meldung beträgt die Zahl der zu den Kantonesen übergegangenen Schiffe 22.

Jürgens freigesprochen.

Das Urteil.

Im Jürgensprozeß in Berlin wurde die angeklagte Frau Jürgens wegen Meineides zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Unterjuchungshaft als verbüßt gelten. Im übrigen wurde sie freigesprochen. — Der angeklagte Landgerichtsdirektor Jürgens wurde freigesprochen.

In der Urteilsbegründung

wird u. a. ausgeführt, es sei erwiesen, daß Frau Jürgens bei ihrer eidligen Bekundung bereits wußte, daß aus dem Verlauf der Patente 150 000 Mark herauskommen würden. Das Gericht hält einen Meineid der Frau Jürgens

für erwiesen, hat die einjährige Zuchthausstrafe aber auf Grund des mildernden Paragraphen 157 auf eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten herabgesetzt, die durch die Unterjuchungshaft verbüßt sein soll. Bei den übrigen Delikten reicht das, was in der Verhandlung zur Sprache gekommen ist, nicht aus, um die Angeklagten zu überführen. Glaubwürdige Aussagen bringt das Gericht zu der Ueberzeugung, daß tatsächlich eine fremde Person in der Stargarder Wohnung war. Beim Fall Kolberg liegt die Sache genau so. Damit entfallen auch für den Ehegatten die Anschuldigungen der Teilnahme der wesentlich falschen Anschuldigung und des Betrugs gegen den Oberreichsanwalt. Bei den Kreditbetrügereien sind von den 36 Fällen der Anklage nur 3 übrig geblieben. Sie scheiden schon deshalb aus, weil eine Vermögensschädigung nicht festgestellt werden kann. Die Verhandlung hat keinen Anhalt dafür ergeben, daß der Angeklagte Jürgens des ihm vorgeworfenen Meineides schuldig ist. Die Ehefrau hat zweifellos ihren Mann hintergangen, und es ist also anzunehmen, daß er nichts von ihren Schulden gewußt hat. Bei allen diesen im zur Last gelegten Straftaten spricht der Sachverhalt für die Unschuld des Angeklagten. Das Gericht hat bei der Kostenentscheidung dem Angeklagten den Ersatz der notwendigen Auslagen zugesprochen.

Kleine Ansammlungen vor dem Gerichtsgelände wurden von der Polizei leicht verstreut.

Forderungen für die Justiz.

Presse-Stimmen.

Die Mehrzahl der Blätter enthält ausführliche Kommentare zu dem Urteil im Jürgensprozeß. Das Urteil selbst findet mit Ausnahme in der „Morgen Post“ in keinem Blatt Widerspruch. Schatz kritisiert dagegen, daß die Anklage und die Vorunterjuchung. Die „Deutsche Zeitung“ fordert eine Justizreform. Vor allem müsse in wichtigen Strafsachen der Saug des Angeklagten viel wirksamer gestaltet werden. Die „Kreuzzeitung“ spricht von einer Verzeiherensstrafe der Justiz und bezeichnet es als notwendig, daß die Einstellung der Staatsanwaltschaft zum Angeklagten wie Angeklagten menschlich vorurteilsfrei bleibt. Die „Deutsche Tageszeitung“ fragt: Darf derart mit Ehre und Freiheit eines bis dahin unbefehlten Menschen umgegangen werden, ohne daß die Justiz selbst in der Achtung der Öffentlichkeit sinkt? Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Es ist wieder einmal viel Porzellan zertrümmert worden, und es kann weder gestiftet, noch gestiftet werden. Welche theoretischen und praktischen Folgerungen aus dem Jürgensprozeß zu ziehen sind, werden die verantwortlichen Stellen gewissenhaft zu erwägen haben. Die „Vossische Zeitung“ sagt: Die Art der Anklageerhebung, das Aufbauen unhaltbarer Anklagenpunkte, wie die Auslegung

belangloser Haushaltschulden als Betrug oder Hehlerei hatten von vornherein den Oberreichsanwalt in die Defensive gedrängt. Im „Vorwärts“ heißt es: Jürgens ist von der Anklage des fahrlässigen Falschheides freigesprochen worden. Man mag über den juristischen Tatbestand denken, was man will, eins muß man aber verlangen, daß ein jeder deutscher Staatsbürger mit dem gleichen Maß gemessen werde. Die „Morgen Post“ spricht von Klassenjustiz, gegen die es nichts anderes als den schärfsten, rücksichtslosesten Kampf gebe.

Der Wilms-Prozeß.

Klapproth will „alles sagen“.

Im Berliner Remond-Prozeß fand die Vernehmung des „Reiblings“ des Oberleutnants Schulz, jenes verurteilten Klapproth statt, der in Landsberg für seine beispiellosen Missetaten fünfzehn Jahre Zuchthaus bekommen hat.

Vorfr.: Sie wurden z. B. B., das heißt zur besonderen Verwendung gebraucht?

Klapproth: Jawohl.

Vorfr.: Was hat es damit für eine Bedeutung?

Klapproth: Ich will alles sagen, mir macht das gar nichts aus, ich habe schon meine fünfzehn Jahre weg.

Vorfr.: Konnte Sie jeder anfordern?

Klapproth: Jawohl, wenn irgend was los war, wurde ich dazu gerufen.

Vorfr.: Haben Sie auch Leute bisweilen verprügelt?

Klapproth: Jawohl.

Vorfr.: Haben Sie jemanden getötet?

Klapproth: Nein.

Vorfr.: Doch, das haben Sie getan, den Gröschke nämlich.

Klapproth: Ich habe großen Handbewegungen! Das war nur Beihilfe. Bringen Sie mir einen Zeugen dafür.

Vorfr.: Haben Sie entsprechende Aufträge von Schulz bekommen?

Klapproth: Nein.

Klapproth schildert nun mit seiner vielstimmigen Art, wie er damals Gröschke im Auto mit Bäckchen zusammen zu Tode gebracht hat, und wie er Gröschke wegen Mordmissetaten verprügelt habe. Das war aber kein Mordversuch, fügte er hinzu, sondern ich habe ihn nur verdorfen.

Vorfr.: Sie haben ihn doch aber geschlagen, bis er ohnmächtig war?

Klapproth (mit beiden Händen über den Kopf ausstreckend): Wenn ich einen packe und auf den Zementboden schmeiße, dann ist er eben ohnmächtig.

Vorfr.: Waren Sie an dem Abend, als Wilms ermordet wurde, in Rathenow?

Klapproth: Das weiß ich nicht.

Vorfr.: Hat Ihnen Schulz einen Befehl gegeben?

Klapproth: Da wäre ich doch dusselig, wenn ich das nicht zugegeben hätte, er hat es nicht getan.

Zeugenvernehmung. — Ein Angeklagter ohne Verteidiger.

Nach dem Zeugenaufruf beantragte der Verteidiger des Angeklagten Schulz, den Hauptmann a. D. Guttnecht als Zeugen darüber zu laden, daß er es gewesen ist, der vom Reichsheerkommando aus den Befehl gegeben hat, in einem aufgestellten Kommissarierlager in der Nähe von Rathenow die Waffen zu erfassen. Guttnecht befindet sich zur Zeit in britischer Haft, und seine Vernehmung dürfte durch das Auswärtige Amt bezw. den Generalkonsul in Südafrika erfolgen. Weiter beantragte Rechtsanwalt Sad, daß die Stimme des Hauptmanns a. D. Guttnecht durch Protokoll festgehalten wird, damit man sie mit der Stimme des Oberleutnants Schulz vergleichen kann. Dann gibt es einen Zwischenfall.

Rechtsanwalt Kuppe erklärt, daß er mit seinem Mandanten Fußmann in einen Konflikt geraten sei, und daß Fußmann ihm deshalb das Mandat entzogen habe. Nicht ohne Mühe gelingt es dann nach kurzer Unterbrechung, in der Person des Rechtsanwalts Hilbrandt einen Offizialverteidiger für Fußmann zu beschaffen.

Als erster Zeuge wurde Oberleutnant Karl Heldt vernommen, der früher in Berlin oberster Borgeführer der Arbeitskommandos war. Er bekundete, von dem Fall Wilms selbst nicht das geringste zu wissen. Eine Ausbildung mit der Waffe sei deshalb erfolgt, weil die Arbeitskommandos mit Waffen, wie Ausbesserungen, Säuberungen und ähnlichem viel zu tun gehabt hätten.

Auf eine Frage erklärte der Zeuge noch, daß in seinem Dienstbereich nicht die Absicht bestanden habe, die Arbeitskommandos bei einer eventuellen Mobilisierung gegen Polen zu verwenden.

Kamen aus Stadt u. Land

Kamen, den 15. März 1927.

Der „Ruhrexpres.“

Der Ruhrexpres, den die Reichsbahn als Ersatz für die geplante Städtische Eisenbahn Köln-Dortmund nach dem vierseitigen Ausbau der Strecken einführen will, tritt allmählich aus dem sagenhaften Geheimnis, mit dem er bisher umhüllt war, in das Licht der greifbaren Wirklichkeit. Wie schon mitgeteilt wird, handelt es sich um einen Güterzug, der im Pendelverkehr im Ruhrgebiet hin- und hergefahren werden soll. Er soll, wie jetzt über seine Einzelheiten bekannt wird, aus sieben Wagen bestehen, einem Post- und Gepäckwagen, zwei Wagen dritter Klasse, einem Erfrischungswagen, zwei Wagen zweiter Klasse, und den Schluss soll wieder ein Wagen dritter Klasse bilden. Bequemlichkeiten aller Art, wie Zugtelephon, Schreibstube, Wägenkasten, sollen auch nicht fehlen. Inzwischen soll der Ruhrexpres 200 Sitzplätze umfassen. Über den Verkehr ist man sich noch nicht ganz klar. Er soll auch durch die Gegend vor den andern Zügen hervorstechen. Seine Farben hält man nicht für praktisch wegen des vielen Rußes, den die Dampfmaschine des Ruhrexpres selbst erzeugt, und auch wegen des Rußes, der in der ganzen Gegend reichlich vorhanden ist. Vielleicht nimmt man Blau oder gar Schwarz, die charakteristische Farbe des Ruhrgebietes. Anfangs bei der berühmten Vespere zwischen dem Verkehrsverband Industriegebiet und dem Generaldirektor der Reichsbahn in Berlin über die zukünftige Verbesserung der Verkehrsverhältnisse des Ruhrgebietes stand noch nicht ganz fest, wie das Ding aussehen wird. Es wurde nur gesagt, die Wagen seien in Auftrag gegeben, und über ihre zweckmäßige Form würden Untersuchungen angestellt. Diese Erhebungen scheinen jetzt bei der Reichsbahnverwaltung und der Reichsbahnfabrik, die die Ehre hat, den Schnellbahnerfahrplan zu dürfen, zum Abschluß geführt zu sein, wie überhaupt in der Reichsbahndirektion Essen mit größtem Eifer daran gearbeitet wird, um die Frage des vierseitigen Ausbaues vorwärtszubringen. In den nächsten Tagen soll ja der Verwaltungsrat der Reichsbahn 155 Millionen Mark, die sich auf etwa zehn Jahre verteilen, für diesen Zweck bewilligen.

(Briefkasten.) Zu der in den letzten Tagen durch fast alle Zeitungen gegangenen Notiz, daß während der Saatzzeit die Tauben einzufangen sind, ist vielleicht noch nachzutragen, um dem Auskommen trüger Meinungen vorzubeugen. Daß jemand Tauben auf seinen oder einem anderen Acker fängt, ist er noch nicht bestraft, die selben abzutreiben, sondern kann nur den Taubenbesitzer zur Anzeige bringen. Ueberhaupt ist das Abfischen von Tauben nicht gestattet und wird, weil diese von Staats wegen beschützt werden, sehr streng geahndet, wie auch jeder andere Taubenabfisch sehr bestraft wird.

Die Kosten des Telefon-Nachbetriebes in Kamen. Die von den Teilnehmern anteilmäßig zu entrichtenden Gebühren für die bestehende telefonische Verbindung der Fernsprechanlagen betragen für den Monat April 1927 unter Zugrundelegung der am 1. Januar vorhandenen Hauptanschlüsse 95 M. Pf. für jeden Hauptanschluß. Vom 1. Mai ab gelten die Gebühren der neuen Fernsprechanlagen. Sie betragen für jeden Hauptanschluß 92 M. Pf. monatlich.

Mitteilung über Erlaubnisse. Nach einer Regierungsvorlesung sind sämtliche Erlaubnisse für Privatunterricht in Kamen für das Jahr zu erneuern. Alle Scheine müssen bis zum 30. März den zuständigen Schulräten zur Verlängerung vorgelegt werden, andernfalls verlieren sie ihre Gültigkeit.

Auch der vierte Beteiligte hinter Schloß und Riegel. Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es, nachdem der Eigentümer des bei dem Zusammenstoß mit dem Oberlandfahrer Huthoff an der Kreuzung in der Person des Bergmanns H. Grotian zu ermitteln und diesen dem Richter anzuführen. Es wird angenommen, daß er bei dem Einbruch bei Schmittling und bei weiteren Diebstählen beteiligt war. Im ersterem Falle wurde ihm das Fahrrad zum Verräter.

Einer, der sein Handwerk verliert. Am vergangenen Samstag fand sich bei der hiesigen Polizei ein gewisser Herrmann Kalb aus Strete. J. St. ohne festen Wohnsitz, ein und wollte Obedach haben. Als ihm dieses nicht gewährt werden konnte, verließ er das Lokal mit der Drohung, er wolle dem Bürgermeister die Fenster scheiben einschlagen. Er schlug dann den Weg zu der Wohnung des Bürgermeisters ein und wurde von dort von der Polizei abgeholt. Im hiesigen Gefängnis fand er sein geschicktes Obedach.

(Schlägerei.) In den frühen Abendstunden des vergangenen Sonntags kam es zwischen den beiden Brüdern M. aus Kaiserlautern und den beiden Brüdern G. von hier auf der Weidenmauer zu einem Streit. Außer stark blutenden Kopfverletzungen des einen M., dessen Uhr, im Werte von 15 M. und Gut ihm nach abhandeln kamen, vermittelte M. G. seinen Mantel mit einer der Brieftasche, die ca. 20 M. enthielt.

Auf 15. März. Ueberfahren wurde am gestrigen Montag morgen gegen 6 Uhr, kurz vor dem Bahnhof Kamen, der 17-jährige Arbeiter Willi Frey in Kaiserlautern. Er wurde von der Maschine erfasst und auf der Stelle getötet. In welcher Absicht B. den Bahnkörper betreten hat, steht nicht mit Bestimmtheit fest.

Dortmunder Randschau

Die Hauptversammlung des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse e. V. fand im großen Saale des „Gewerbvereins“ in Dortmund statt.

(Aufklärung des Leichenfundes auf der Bahn Hörde-Dortmund.) Endlich aufgeklärt ist der Leichenfund, der am 6. Februar auf der Eisenbahnstrecke Dortmund-Süd-Hörde-Haghen gemacht wurde. Bekanntlich wurde damals eine tote Frauenperson total zerstückelt aufgefunden. Wie sich jetzt herausgestellt hat, gehört die Frau zu einer Familie auf der Bornstraße, die erst in diesen Tagen das Verschwinden der Frau anmelde. Die Leiche wurde von den Angehörigen erkannt. Ungelöst ist allerdings noch die Frage, ob Selbstmord, Unfalltod oder ein Verbrechen vorliegt.

Berne, 14. März. (Tragödie eines Brautpaares.) Das Brautpaar K. Strickowski und die ledige Erbin aus der Lippestraße wurde

seit Dienstag voriger Woche vermisst. Vor einigen Tagen fand man nun am Kanal zwei fast leere Weinflaschen und Kleidungsstücke und man begreift damals schon die Vermutung, daß den Beiden ein Unglück zugefallen sei. Da man aber die Leichen nicht fand, hoffte man immer noch, daß die Beiden doch noch lebend aufgefunden werden würden. Jetzt nun sind die Leichen an Land geschwemmt worden. Der Bräutigam, der an Neurosthenie leidet, wird, so vermutet man, in einem Anfall geistiger Umnachtung, mit seiner Braut den Tod im Kanal gesucht haben. Ein anderer Grund kommt nicht in Betracht. Der Fall ist umso tragischer, als der Vater des jungen Mannes seit einigen Jahren spurlos verschwunden und ein Bruder von ihm kürzlich tödlich verunglückt ist. Das Mädchen war die einzige Tochter.

Westfalen u. Rheinland

Aus dem Industriegebiet

Sagen, 14. März. Regierungsrat Jernath, der Leiter der Polizeiverwaltung in Sagen, wurde mit Wirkung vom 1. Juli zum Polizeipräsidenten von Münden-Glabbeek ernannt. Regierungsrat Jernath wird die Polizeiverwaltung in Münden-Glabbeek kommissarisch verwalten, bis das dortige Polizeipräsidium endgültig eingerichtet worden ist.

Castrop-Rauxel, 14. März. (Eine teure Ohrfeige.) Am 6. Dezember waren die Arbeiter Bender und Brokmann im Dörfelkanal der Zeche Viktor III/IV mit Arbeiten beschäftigt. Wegen einer Leiter gerieten sie in einen Wortstreit, im Verlauf dessen Bender den Brokmann einen Schläger schlug. Darauf erwiderte Brokmann, daß er seinem Gegner eine Ohrfeige geben würde, wenn dieser die Beleidigung wiederhole. Jetzt schlug Bender den Brokmann und schüttelte ihn durcheinander. Brokmann stolpert, fällt, erhält von Bender eine Ohrfeige und fällt ein zweites Mal gegen die Erde einer Mauer; Brokmann blieb bewußtlos liegen und mußte mit einem Schlägerbruch ins Krankenhaus gebracht werden. Hier hat er fast 10 Wochen zugebracht. Für seine rohe Tat erhielt Bender jetzt 100 M. Geldstrafe. Gewiß ein gelindes Urteil in Anbetracht der Folgen. Die Ohrfeige war jedenfalls teuer bezahlt, da Bender auch noch für die Krankenhauskosten aufkommen muß.

Castrop-Rauxel, 14. März. (Der Vormund bestiehlt seine Mündel.) Der Bergmann Friedrich Lange von hier war für die Kinder Elisabeth und August K. zum Vormund bestellt. Innerhalb zweier Jahre hat er diesen beiden Mündelgelder im Gesamtbetrag von rund 700 Mark unterzogen. Im Anbetracht der geringen Verdienste wurde er zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Strafaussetzung soll erfolgen, wenn er den entstandenen Schaden voll und ganz ersetzt hat.

Bochum, 14. März. (Vogelzug II in Bochum.) In Bochum ist ein Neubau für das Vogelzug II mit real-gymnasialer Studienanstalt geplant. Die Kosten belaufen sich auf 1.440.000 Mk. Die Errichtung des Neubaus ist schon seit mehreren Jahren in der Öffentlichkeit gefordert worden.

Bochum, 14. März. (Polizeiunterkunft Minister Severing.) Bei der Einweisung der neuen Polizeierkunft in Bochum fand der Minister des Innern Severing ein. An den Staatsminister A. D. Severing das folgende Telegramm: „Zur bleibenden Erinnerung an den verdienstvollen Minister der preussischen Polizei in des Vaterlandes schwerster Zeit und zum Andenken an Ihre dem Aufbau des neuen Staates dienende Tätigkeit im Industriebezirk habe ich der Polizeierkunft Bochum bei der heutigen Einweisung den Namen „Polizeiunterkunft Minister Severing“ gegeben.“

Gelsenkirchen, 14. März. Das rätselhafte Verschwinden zweier junger Leute im Stadtteil Rottenhanfen hat größte Erregung hervorgerufen. Am 2. Februar sollte sich Erna Baumann nach Vortrop begeben, um sich bei einer Verlobung vorzustellen. Das Mädchen wollte bis zum Abend aus Vortrop zurück sein. Als es dieses seinen Eltern mitteilte, war auch ein junger Mann namens Tschentchel anwesend, der ihm darauf versprach, es am Abend von der Bahn abzuholen. Das Mädchen trat die Reise an, und seit dieser Stunde fehlt von ihm jede Spur. Am Abend besaß sich der junge Mann zu der verabredeten Stunde zum Bahnhof und vom gleichen Augenblick fehlt auch jede Spur von ihm. Alle Vermutungen, den Aufenthaltsort der Beiden zu ermitteln, waren bis jetzt erfolglos.

Mühlheim, 15. März. (Eine neue Flugwetterwarte.) Reich und Staat werden in Mühlheim eine Flugwetterwarte für den Industriebezirk errichten, der auch die Wetterwarte in Essen angegliedert werden soll.

Oberhausen, 14. März. (Von einer Schrammutter erschlagen.) Auf der Zeche „Land“ verunglückte der Hauer Z. dadurch tödlich, daß eine Mutter vom Hapel absprang und ihm an den Hinterkopf fiel. Er trug einen Schädelbruch davon, dem er im Krankenhaus erlag. Im Betriebe der Gute Hoffmannshütte stürzte in der Gießerei eine Gießkanne um, wodurch ein Arbeiter schwer verletzt wurde. Am ganzen Körper erlitt der Mann fürchterliche Brandwunden, denen er bald erlag.

Oberhausen, 14. März. (Den Arbeitern den Lohn gekürzt.) Ein Vorkorridor der Lohnabteilung der Abteilung Wasserwerk der Gute Hoffmannshütte öffnete Lohnkästen der Arbeiter, nahm Geld daraus und fertigte dann neue Lohnlisten, die er genau befüllt, aus, natürlich mit einem kleineren Betrage. Auf diese Weise hat der Mann sich eine Summe von etwa 1000 Mark aneignen können. Der Betrüger stürzte nach Düsseldorf mit der angeblichen Absicht, sich dort nach einer gemüthlichen Nacht das Leben zu nehmen. Er wurde jedoch vorher festgenommen.

Münster, Minden u. Sauerland

Münster, 14. März. (Von Erdmassen verschüttet.) Bei Kanalbauarbeiten auf dem Grundstück der Germania-Brauerei wurden zwei Arbeiter von plötzlich eindringenden Massen verschüttet. Ein Arbeiter erlitt nur leichtere Verletzungen. Sein Kollege war derart eingeklemmt, daß die Berufswehr ihn nur als Leiche bergen konnte.

Von Rhein und Mosel

Schleifung der rechtsrheinischen Festungswerke bei Koblenz.

Koblenz, 14. März. In der nächsten Zeit wird mit der Schleifung der rechtsrheinischen Festungswerke von Koblenz begonnen. Die alte Festung Ehrenbreitstein bleibt erhalten, dagegen werden aber die sie umgebenden kleineren Befestigungen, wie das Fort Fleiterberg, die Nagelmer Schanze, das Fort Altenstein und das Hochheimer Tor abgebrochen.

Binnenschifffahrt tut not!

Es ist Deutschlands Jammer, daß aus ärmlichen Parteiarabien jede Arbeit mitgemacht wird, wenn man hofft, dadurch der gegnerischen Partei Abbruch zu tun oder sie auch nur ärgern zu können. Hundertfach sind die Beispiele dafür.

Die Unersättlichkeit des Dames. Verträge, der uns im nächsten Jahre 432 Millionen Mark mehr abpreist als bisher, ist jetzt allgemein gegeben. Auf der Reichstagstribüne hat der neue Finanzminister seine Mordgrube aus seinem Berge gemacht, und auch die ebendort befestigten Anhänger Reichthums, die den mühsam zusammengetragenen Reichthum lächelnd vergeuden sehen, schweigen jetzt betreten still. Zu einige von ihnen sind sogar schon zu der Erkenntnis gekommen, daß es mit dem Dames-Pakte in seiner heutigen Fassung nicht weitergehen kann. Aber ihre Hoffnung, die Erfinder der Dames-Gehele könnten sich finden, Mithrasen eintreten zu lassen, beruht auf trügerischem Irrtum.

Wir sind durch den Krieg und die Machenschaften der Verbündeten aus allen unseren Stellungen im Weltmarkt vertrieben worden. Nur mühsam, Stück für Stück, können wir sie zurückerobern. Daran, rasch den alten Umfang des Geschäfts wiederherzustellen, dürfen wir nicht im Traum denken. Gewiß sind die Dames-Gesche in der Hauptsache darauf aufgebaut, daß wir die verlangten Tribute aus den Ueberflüssen unseres Ausfuhrhandels bezahlen. Doch diese Ueberflüsse zeigen sich nicht. Und hat uns die Ausfuhr zu erleichtern, verschleichen alle beteiligten Mächte, besonders diejenigen, die von uns Reparationen erwarten, nach Möglichkeit durch Zoll- und Dumpingmaßnahmen den Deutschen ihre Säfen. Unsere Handelsbilanz ist und bleibt passiv; wer Deutschlands Genesung von seiner Ausfuhr erwartet, acht jämmerlich irre.

Millionen und Milliarden werden an Anstrengungen vergeudet, unsere Handelsbilanz, um wie man so sagt, „aktiv“ zu machen. Die Hauptkraft unserer Industrie-Intelligenzen und unserer Handelsorgane ist auf die Ausfuhr gerichtet. Um ausführen zu können, nehmen wir Schulden über Schulden auf, geraten in immer größere Kreditnot, fordern von den Einheimischen weit mehr Geld für die Waren, als vom Auslande. Alles das, weil uns der Dames-Plan zu solcher betont geistlicher Wirtschaftspolitik zwingt. Auf diese Weise wird aber die Ernährungsgrundlage des Volkes immer verhängnisvoller verengt. Will Deutschland sich für die Zukunft wirtschaftlich stark machen, will es, trotz aller Hindernisse, gegebenenfalls in der Lage sein, sich fremder Uebergriffe zu erwehren, so muß es dafür sorgen, sich aus eigener Kraft, von der eigenen Scholle ernähren zu können. Nur ein gesunder, leistungsstärkender Innenmarkt ermöglicht die Gesundheit der Nation. Wie aber steht es um unsere Binnenwirtschaft? Die kaufkräftige Geldes ist unablässig, die Verelendung besonders der mittelländischen Schichten nimmt zu, und, vor allem, die deutsche Bauernschaft wehrt nicht mehr, wie sie ihre Betriebe anrecht erhalten soll. Uns mühte ein Wirtschaftsreformer erheben, der zunächst einmal mit gesammelter Energie die Binnenwirtschaft fördert und befruchtet. Denn nur wenn sie blüht, ist auch einträglicher Außenhandel möglich. Der umgekehrte Weg führt tödlicher ins Verderben.

Durch die falsche Wirtschaftspolitik unserer Zeit reihen wir Abgründe zwischen Arbeitgeber und Arbeitern an. Führen mit eigener Hand Krisen herbei, führen uns in Schwierigkeiten, die bei vernünftiger Beschränkung auf das Mögliche und Notwendige vermieden werden können. Es geht nicht an, Millionen arbeitender Menschen immer wieder auf Auslandsbeträgen zu verwerfen; tatsächlich geraten wir von Tag zu Tag in gefährlichere Armut- und Ernährungsnot.

Die Invalidenrente.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages machte am Samstag die Reichsregierung vier Vorschläge zur Neuorganisation der Invalidenrente, die im einzelnen besagt:

1. Erhöhung der Zusatzsteigerung für die Zeit vor der Inflation um durchschnittlich 50 Prozent;
2. Gleichstellung der Grundrenten mit den jetzt laufenden Renten für die vor dem 1. April 1925 festgesetzten Hinterbliebenenrenten;
3. Gleichstellung der vor dem 1. Januar 1912 festgesetzten Invaliden- und Hinterbliebenenrenten mit den laufenden Renten;
4. für den Bezug der Witwenrente wird die 65-jährige Witwe mit der laufenden Invalidenrente gleichgestellt.

Die darüber hinausgehenden Forderungen auf Erhöhung des Reichszuschusses und der Grundrente bilden noch den Gegenstand von Beratungen innerhalb der Regierungsparteien mit der Reichsregierung.

Steigende Einfuhr von Südrücheln.

Die Einfuhr von Südrücheln hat sich in den letzten Jahren im Vergleich zu vor dem Kriege wie folgt entwickelt:

	1911/13	1925	1926
Bananen	389.570	409.214	686.380
Apfelsinen, Mandarinen	1.892.150	2.087.125	1.901.561
Zitronen	871.980	514.043	542.135
Pfeifen	89.050	95.025	98.724
Moskaten	186.970	251.302	249.011
Ananas	28.000	33.484	42.893
Rüben (Rokos)	80.610	129.885	109.778
Rüben	196.480	227.774	229.940
Diverses	392.250	253.291	293.078

3.106.150 3.997.643 4.106.465

Das ergibt auf den Kopf der Bevölkerung in kg im Jahre 1911/13 = 4,6 kg, im Jahre 1925 = 6,4 kg, im Jahre 1926 = 6,5 kg.

Der Wert der Einfuhr von Südrücheln betrug im Durchschnitt der Jahre 1911/13 = 109 Mill. Mk., 1925 = 172 Mill. Mk., 1926 = 203 Mill. Mk., d. h. auf den Kopf der Bevölkerung vor dem Kriege 1,03 Mk., 1925 = 2,75 Mk., 1926 = 3,22 Mk. Die Ausgaben jedes Deutschen für Südrücheln haben sich mithin im Durchschnitt um 93 Prozent gegenüber vor dem Kriege vergrößert, der deutsche Obstbau und die deutsche Konsumindustrie leiden jedoch an Absehn und befinden sich in schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis.

Die Archive öffnen!

Die Liga für Menschenrechte in Paris, die seit mehreren Jahren anlässlich der Veröffentlichung aller französischen Dokumente über den Weltkrieg verlangt, hat sich von neuem an den Außenminister Briand gewandt und ihn gebeten, ohne Zögern die französischen Archive zu öffnen. Die Liga für Menschenrechte weist darauf hin, daß Deutschland, Österreich, Rußland und teilweise auch England die in ihren Archiven befindlichen Dokumente über den Krieg veröffentlicht haben, während in Frankreich noch immer die vorbereitenden Arbeiten im Gange sind. Der Außenminister wird gesagt, ob in den französischen Archiven nicht mit eben solcher Schnelligkeit und Sorgfalt wie in anderen Ländern gearbeitet werden könne. Wenn sie die Veröffentlichung noch weiter hinausziehe, sei zu befürchten, daß man Frankreich verdächtige, etwas verheimlichen zu wollen.

Guthabenzahlungen an ehem. Heimkehrer aus englischer Gefangenschaft.

Der Reichliche Minister des Innern gibt eine amtliche Bekanntmachung der Reichsverwaltung für Reichsaufgaben über Guthabenzahlungen an ehemalige Heimkehrer aus englischer Gefangenschaft in einem Rundschreiben den Behörden der allgemeinen und der inneren Verwaltung zur Kenntnis. Wie der Amtliche Reichliche Pressedienst der amtlichen Bekanntmachung entnimmt, hat die Englische Regierung die erste Rate zur Auszahlung der von ihr bisher anerkannten „Guthaben“ an die ehemaligen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen einschließlich des Sanitätspersonals überwiesen. Alle ehemaligen Heimkehrer, die sich in englischer Gefangenschaft auf britischem oder französischem Boden befunden haben, bezug deren Erben, auch wenn sie bereits ihre Guthaben ganz oder teilweise in Papiermark erhalten haben, sollen, an die Reichsverwaltung für Reichsaufgaben, Berlin W. 9, Königsplatz 122, Namen, genaue jetzige Adresse, Geburtstag, den deutschen Truppenteil am Tage der Gefangenennahme und die Nummer der englischen Gefangenenskompanie bezug. Depot- und Lagerbezeichnung einreichen.

Erben verstorbener Heimkehrer haben ihre Erbverteilung nachzuweisen. Um den Erben unnötige Kosten zu ersparen, wird ihnen die Reichsverwaltung auf Anfrage mitteilen, wie der Nachweis im einzelnen zu führen ist. Die Auszahlung der Guthaben erfolgt nach der Reihenfolge des Einganges der Anträge und nur durch die Post. Ein persönliches Abholen der Beträge durch die Heimkehrer kommt nicht in Frage. Wer kein Guthaben hat, erhält einen ablehnenden Bescheid, gegen den Einsprüche zwecklos sind.

Heimkehrer, welche der Reichsverwaltung für Reichsaufgaben nach dem 1. Juni 1926 die geforderten Angaben bereits eingereicht haben, brauchen ihre Anträge nicht zu erneuern, da diese vorgemerkt sind. Da über 200.000 Einzelaufgaben in Frage kommen, wird die Auszahlung geraume Zeit dauern. Erinnerungsscheine sind zwecklos und werden nicht beantwortet. Alle Heimkehrer aus den fibrigen ehemaligen feindlichen Ländern werden dringend ersucht, von Anfragen über Guthaben so lange abzusehen, bis weitere amtliche Bekanntmachungen folgen.

Ein neuer Roman!

Wir beginnen in der nächsten Nr. mit dem Abdruck eines neuen Romans aus der Feder der beliebten Schriftstellerin Hedwig Courths-Mahler, die vor kurzem ihren 60. Geburtstag feiern konnte, beilegt:

„Die Inselprinzessin“.

Die Verfasserin ist unsere Lesern und Leserinnen keine Fremde, oft schon hat ein Werk ihrer Feder sie in Spannung versetzt und ihnen köstliche Stunden der Unterhaltung und des stillen Genießens verschafft. „Die Inselprinzessin“, deren Leben der neue Roman in farbigen, lebensvollen Bildern entrollt, reiht sich den früheren Werken der beliebten Schriftstellerin würdig an und wird das Entzücken unserer Leserinnen und Leser bilden.

Aus dem Reiche

Die Zulassung zum Universitätsstudium ohne Reifezeugnis.

Ausdehnung auf die Technischen Hochschulen.

Die Bestimmungen über die Zulassung zum Universitätsstudium ohne Reifezeugnis vom 11. Juni 1924 sind, einer Meldung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes zufolge, von dem Preussischen Kultusminister Dr. Becker nunmehr auch auf die preussischen Technischen Hochschulen ausgedehnt worden. Die Bestimmungen gelten, nachdem sie vor einiger Zeit auf die landwirtschaftlichen, tierärztlichen und forstlichen Hochschulen, die Handelshochschulen und pädagogischen Akademien ausgedehnt sind, für alle preussischen wissenschaftlichen Hochschulen.

Zum Abbau der privaten Vorschulen.

Der Erlass eines Reichsgesetzes über eine Neuformung des § 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 28. April 1920 über die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen steht bevor. Da damit gerechnet werden muß, daß das nach dem neuen § 4 in Aussicht genommene Reichsgesetz nicht zeitig genug in Kraft tritt, um Abbau oder Auflösung der privaten Vorschulen und Vorschulklassen nach den Richtlinien des Preussischen Kultusministers vom 13. Januar 1926 beginnen zu können, ermächtigt der Minister die Leiter dieser Schulen und Klassen, zu Beginn des kommenden Schuljahres noch einmal Kinder in die für den ersten Schuljahresjahrgang bestimmte Privatschulklasse aufzunehmen. Die dem entgegenstehenden Anordnungen des Erlasses vom 3. Februar 1926 werden aufgehoben, ebenso die mit Rücksicht auf diesen Termin gegebenen Bestimmungen. Alle zur Durchführung des Grundschulgesetzes erlassenen sonstigen Verfügungen bleiben unberührt. Der hiermit ausgestandene zeitweilige Aufschub des Abbaus der privaten Vorschulen und Vorschulklassen erfolgt lediglich, um die Durchführung der Entschärfung der durch den Abbau wirtschaftlich Betroffenen möglichst entgegenkommend zu gestalten. An der Notwendigkeit, den gesetzlich vorgeschriebenen Abbau durchzuführen, ist nichts geändert worden.

Die Gefährdung des Bangeisgeschäftes durch Nichtzahlung.

Die Demokratische Landtagsfraktion brachte in einer kleinen Anfrage die Vorlage zum Ausdruck, daß Nichtzahlung, die sich an vielen Orten des Bangeisgeschäftes bemerkt hätte, eine Gefährdung des sachgemäßen Baues wie auch der staatlichen Interessen darstellte. In seiner Antwort führt der Preussische Wirtschaftsminister aus, nach Rücksprache mit dem Deutschen Wirtschaftsband für das Baugeverbe seien, abgesehen von wenigen bedeutungslosen Einzelfällen, Beschwerden über das Nichtzahlen von Nichtzahlungen nicht laut geworden, so daß eine ernstliche Gefährdung des Baugeverbes nicht bestünde und auch nicht zu befürchten sei. Der Minister erinnert daran, daß zur Warnung der Bauinsassen vor zweifelhaften Neugründungen von Bau- und Sparvereinigungen bereits im Januar v. J. eine amtliche Pressenotiz erschienen ist, in der als „Ausfallstelle“ auf den „Reichsverband der Wohnungsbauvereinigungen“ in Berlin SW. 19, Schützenstraße 26, verwiesen worden ist.

Küttwig's Gehalt.

Vor dem ersten Sitzungsat des Kammergerichts in Berlin fand die Berufungsverhandlung in dem Prozeß des Generals von Küttwig und des Majors Witsch gegen den Reichshofrat auf Zahlung und Aufhebung ihres Gehaltes statt. In ihrer Klage fordern beide Offiziere die Zahlung des Gehaltes vom 1. April bis 1. Juli 1920 mit 50prozentiger Aufwertung nebst Zinsen. Für das Reichswehrministerium betonte Rechtsanwalt Wille, daß der Reichshofrat bei seinen Einwendungen gegen die Klage bleibe. Beide Offiziere seien wegen Beteiligung an Kapp-Putz entlassen worden. Die Amnestie des Jahres 1925 habe wohl strafrechtliche Wirkungen, aber keine zivilrechtlichen Wirkungen gehabt. General von Küttwig habe als Wehrminister der Kapp-Regierung Gelder an seine Mannschaften gezahlt, die das Reich mit den in der Klage geforderten Summen verrechnen könnte. Der Vertreter der beiden Kläger legte dar, daß sich Major Witsch im Kapp-Putz gar nicht beteiligt habe und daß die Entlassung der beiden Offiziere im März 1920 von Reichsminister Schiffer verfügt worden sei.

der gar nicht der rechtmäßige Stellvertreter des Reichsfanzlers war. Die Entscheidung des Kammergerichts wird in einem besonderen Termin verhandelt werden.

Kleine Nachrichten.

In der vergangenen Berichtswache wurden in Berlin 8000 Arbeitslose weniger gezählt.

Die Subventionierung der Mologa soll aus Reichsmitteln in Form eines 25-Millionen-Kredits geschehen.

In einer Stahlhelm-Versammlung in Breslau kam es zu blutigen Zusammenstößen mit Kommunisten.

Zwan Antistier wurde wieder verhaftet und nach der Berliner Charité gebracht. Er steht unter dem Verdacht, beabsichtigt zu haben, eine Erholungsreise zur Flucht ins Ausland zu benutzen.

In Wien wurde ein neuer 800 Wohnungen umfassender Neubau August Bebel-Wohnungsbau benannt.

In Livorno wurden 80 Anhänger umfänglicher Parteien verhaftet.

In Kingston in Irland wurde eine 32 Balken-Sendung Londoner Sonntagsblätter von einer Anzahl bewaffneter Männer in Brand gesteckt.

Aus aller Welt

— Schlechter Abgang der Nizzaer Spielhölle. Die Not der Zeit scheint sich auch bei den Spielhöllen bemerkbar zu machen. Der Abgang der Nizzaer Casinos weist gegen das Vorjahr eine Mindereinnahme von 3 Millionen Franken auf. Die Menschen, die ihr Geld schnell los werden wollen, scheinen demnach auch in anderen Ländern im Abnehmen begriffen zu sein.

Eine Schlacht im Zuchthaus.

Sechs zum Tode verurteilte Verbrecher im Chicagoer Zuchthaus. Versuchten einen Aufstand. Zwei Zuchthäuser, die unerschütterlich über Ausbruchswerkzeuge und Waffen verfügten, nahmen plötzlich den Wächter ihres Stützpunktes gefangen und eilten dann in das obere Stockwerk, um drei Kumpel zu befreien. Da die Schlüssel zu den Zellen nicht hatten, stießen sie den mitgeführten Waffen und Ausbruchswerkzeugen und eilten darauf aus. Den drei im oberen Stockwerk befindlichen Zuchthäusern gelang es gleichfalls, sich zu befreien und ihren Wächter gefangen zu nehmen. Die Ausbrecher richteten darauf im Zuchthaus ein Schreckensregiment, befreiten zahlreiche andere Gefangene und verschafften sich, um der heranrückenden Polizei bewaffneten Widerstand zu leisten. Große Polizeikräfte belagerten das Zuchthaus, wobei es zu einer wilden Schießerei kam, in deren Verlauf vier weisse schwer verwundet wurden. Das Zuchthaus wurde von der Polizei schließlich gestürmt. Die Ausbrecher konnten nach heftigem Kampf gefesselt werden.

10 000 Personen durch betrügerische Bausparmanöver geschädigt.

Die Pariser Polizei beschäftigt sich mit den betrügerischen Finanzoperationen eines gewissen Rogette. Rogette, der bereits verurteilt ist, hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit durch zweifelhafte Bausparmanöver auf sich gelenkt, hat eine Gesellschaft gegründet, die es sich anheimelt zur Ausgabe gemacht hat, wertvolle Staatspapiere gegen hochwertige Bausparpapiere einzutauschen. Durch die Agenten sollen etwa 10 000 Personen geschädigt worden sein. Der Betrag der Gesellschaft zugeflossenen Gelder wird auf 40 Millionen Francs geschätzt. Die Polizei hat zur Klärung der Angelegenheiten Rogette zwei Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Der Mord unter Tage.

Die Ermordung eines Bergmanns im Richtigshofen bei Katowitz, 400 Mr. und Tage, hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Die Mörder sind Mitglieder einer Mörderbande, die beabsichtigte, die für die Berginsassen unter Tage bestimmten Pöhlungsgehälter in Höhe von etwa 2000 Zloty zu rauben. Mit Hilfe gefälschter Papiere gelang es ihnen, als Vergeltung in den Schacht einzufahren. Nachdem sie mehrere Personen unter Tage in Materialkammern eingeschlossen hatten, ließ ihnen jener Bergmann in den Weg, den sie katalitisch niederschoben. Obgleich nach Auffindung der Leiche alle Schächte polizeilich überwacht wurden, gelang es ihnen zwei Tage später, zutage zu kommen. Sie wurden darauf erwischt und festgenommen. Für die nächste Zeit hatten sie große Kasseineindrücke geplant und sich die dazu nötigen technischen Hilfsmittel bereits verschafft. Ein dritter Bandit empfing die Polizei mit Revolvergeschüssen und verübte dann Selbstmord, als er keinen Ausweg mehr sah.

— Stenertlos auf hoher See. Ein amerikanischer Dampfer hat einen Funkpruch des ja-

panischen Schiffs „Arizuma Maru“ aufgefangen, der besagt, daß das Schiff, des Stenerts beraubt, etwa 160 Kilometer vom Kap Juba entfernt, auf See treibt. Zwei Torpedoboots-verbände sind zur Hilfeleistung abgegangen. Das Schiffschiff hat 40 Mann Besatzung.

— Gefährliches Spiel. In Sonderhausen hielt bei der Verführung eines Tanzes in einer Gastwirtschaft ein Stimmungskünstler eine Schale mit brennendem Spiritus über sich. Beim Niederfallen rutschte der Mann aus, wobei die brennende Flüssigkeit sich über ihn ergoß. Im selben Augenblick stand er lichterloh in Flammen und rannnte mit furchbarem Geschrei durch die Gastwirtschaft. Anwesende Gäste sprangen herzu und rissen ihm sein Tischtuch vom Kopfe, preschten den Brennenden dann an sich und brachten so die Flammen zum Erlischen. Mit schweren Brandwunden wurde der Mann dem Krankenhaus zugeführt.

— Vom Lehrer zum Kritiker. In Breslau stellte sich vor einigen Tagen dem Publikum zum ersten Male ein junger 24jähriger Mann als Gedächtniskünstler vor. Er war schon als Kind mit einem außergewöhnlichen Gedächtnis begabt und hat dann durch jahrelange Übung seine Gedächtnisleistungen auf eine erstaunliche Höhe gebracht. Er beherrscht 3. B. sämtliche Gedächtniszahlen von 3000 v. Chr. bis zur Jetztzeit. Ferner memorisiert der junge Mensch mit Leichtigkeit lange Zahlenreihen und errechnet im Kopfe die schwierigsten Rechnungen. Er vermag auch sämtliche Breslauer Straßenbahnwagen, deren Nummern man ihm nannte, ausführlich zu beschreiben. So schilberte er nicht nur Farbe und Inneneinrichtung, sondern nannte auch das Gewicht, die Fabrikationsfirma, die Nummern und das Radierungsdatum. Der junge Gedächtniskünstler hat seine Lehrerausbildung, die er ursprünglich eingelegt hatte, aufgegeben, um seine Fähigkeiten als Artist zu verwerten.

— Vom Eiseitern gekürzt. Auf einen sonderbaren Gedanken, sich das Leben zu nehmen, verfiel ein junger Schmiedemeister in Paris. Nach einem heftigen Streit entfernte er sich von seiner Familie und kletterte am äußeren Gerüst des Eiseiternes an diesem in die Höhe. Zwischen dem ersten und zweiten Absatz machte er Halt, klammerte sich an einem Eiseitern fest, um in aller Eile eine Zigarette anzuzünden und in der Zwischenzeit durch die Polizei seine Frau holen zu lassen. Als sie ankam, kletterte er sich herunter und blieb mit zerschmetterten Gliedern liegen.

Wie man Bäume verjüngt.

Die Wirkung der atmosphärischen Elektrizität. Ueber ein praktisch erprobtes Verfahren, den Ertrag von Nutzpflanzen zu steigern, berichtet ein Plantagenbesitzer aus Guatemala bemerkenswerte Einzelheiten.

„Stränder und Bäume sind ja bekanntermaßen natürliche Ableiter“, so schreibt der Züchter, „da die Spitzen der Blätter und Äste die Pflanze in elektrischen Kontakt mit der Atmosphäre setzen und halten. Man kann nach jedem Gewitter bemerken, daß die Pflanzen neue Kraft und eine Wachstumssteigerung erlangt haben. Wenn man daher Stamm und Zweige eines Baumes und Sträuchs an zwei oder drei Stellen mit Kupferdrähten verflocht und diese durch schmale Kupferbänder verbindet, wenn man ferner Sorge trägt, die Spitzen in die Atmosphäre hineinragen zu lassen, etwa in Gestalt von kleinen Ableitersternen, so erhält man die Pflanze in mittelbarem Kontakt mit der atmosphärischen Elektrizität. Durch diese Einwirkung werden die Lebenskräfte der Pflanze gesteigert, daß sie eine große Menge neuer Früchte und Blüten hervorbringen vermag.“

Die Früchte zeigen überdies in äußerer Gestalt wie in der Qualität eine bemerkenswerte Wertsteigerung. Meinen ersten Versuch machte ich an einem jungen Guavenbaum. Nachdem ich in den Monaten März bis Juni an dem Baum eine Antenne angebracht hatte, trübte dieser mehrere neue Schößlinge. Er blühte und trübte zweimal Früchte, und diese waren doppelt so groß wie die gewöhnlichen und im Geschmack von wesentlich höherem Süßgehalt. In den genannten Monaten hatten wir besonders viele Gewitter zu verzeichnen.

Am 15. Juli wiederholte ich den Versuch mit einem alten, süßen Zitronenfrüchte tragenden Limettenbaum. Die Früchte dieses alten Baumes kamen nicht mehr zur vollen Entwicklung, sondern trockneten aus, bevor sie zur Reife geblieben waren. Um nun ein besseres Ergebnis zu erzielen, brachte ich drei Antennen von Kupferdraht an dem Baum an, umwickelte einige der Zweige mit Kupferdraht und brachte außerdem eine Antenne von einem Kupferdraht an. Diese vier Antennen umspannten den Hauptzweig, und ihre Ausläufer waren stammabwärts bis zum Boden gezogen.

Dank dieser Anlage erreichte ich, daß der altersschwach gewordene Baum innerhalb von 14 Tagen nach einem Gemitter neuerwachsenen Wachstums zeigte. Am 15. Oktober hatte er eine Menge neuer Schößlinge getrieben, und, was besonders bemerkenswert ist, die Frucht ist fatter und süßer, wie sie sonst nur ein junger Zitronenbaum hervorbringt. Der Baum zeigt Blüten und Früchte in allen Größen, und Blüten und Fruchtansatz zeigen keine Unterbrechung. Kurz, der Baum prangt wieder in voller Jugendblüte.

Ein historisch interessantes Hotel.

Im Jahre 1749, dem Geburtsjahre Goethes, erweiterte der Thurn-und-Taxische Postmeister Braun, auf Wunsch des Herzog-Regenten, sein am Marktplatz in Weimar gelegenes Posthaus zu einem Gasthause, um die Gäste des herzoglichen Hofes aufnehmen zu können, und benannte es „Gasthaus zum Erbrinzen“, nach dem damaligen Erbrinzen Ernst August Konstantin, dem späteren Gemahl der Herzogin Anna Amalia. Hier verkehrten Herzog Carl August, Wieland, Goethe, Schiller. Im Juli 1807 floh Napoleon I. in „Erbrinzen“, als und ließ durch den Großmarschall Duroc der Herzogin seine Komplimente ausrichten. Später sah der „Erbrinzen“ Paganini, Mendelssohn, Carl Maria von Weber, Wilhelm von Humboldt, den Bildhauer Rauch, Sebald, Vitz, Richard Wagner, Hans von Bülow, Rubinstein, Berlioz und so viele andere Größen in seinen Mauern. Noch heute zeigen prächtige, alte Möbel der Empire- und Wiederherzeit von vergangenen glänzenden Tagen. Jetzt ist aus dem alten Gasthause durch Anbau und Umbau ein modernes Hotel geworden, das die behagliche Gemütlichkeit von damals mit dem Komfort der Neuzeit verbindet. Daß der alte, und doch moderne „Erbrinzen“ seine frühere Anziehungskraft bewahrt hat, bezeugt das Gästebuch aus letzten Jahrzehnten. Es enthält die bekanntesten Namen von Kunst und Wissenschaft, des Geistes und Gebirgsabends, und läßt ein Stück deutscher Geschichte vor unseren geistigen Augen vorüberziehen. Es ist gleichzeitig ein Beweis für die Bedeutung Weimars als Kulturstadt. Die Vollendung der Verählung von Weimar durch Minister Preuß wurde im August 1919 in den Räumen des Hotels „Erbrinzen“ auf einem Bierabend unter Anwesenheit der gesamten Reichsregierung mit Ebert an der Spitze gefeiert.

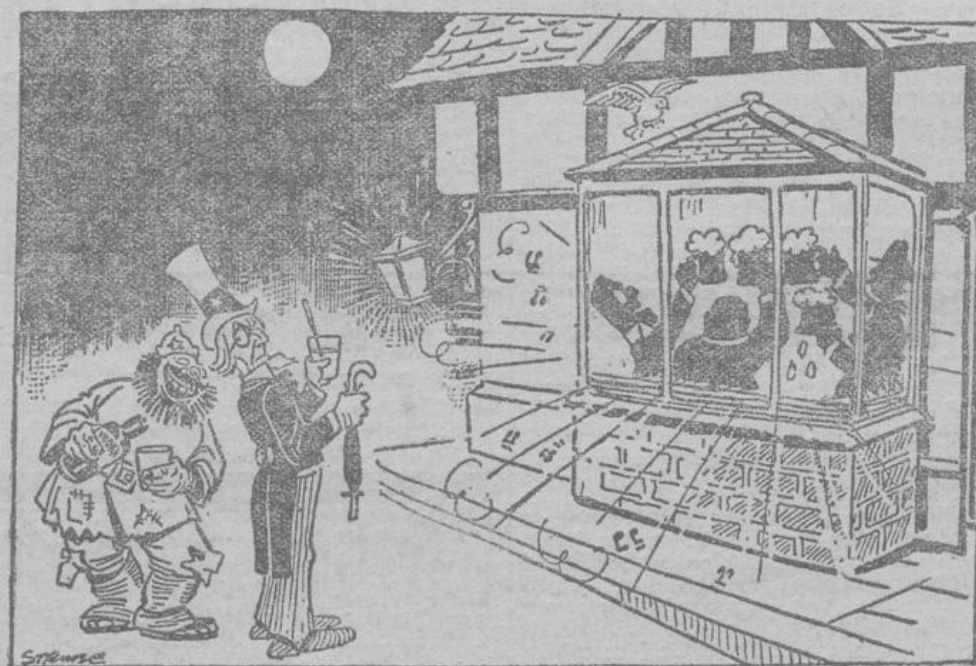
Gefahren des Schlangenerdens.

Erzwungene Schlangeheit kann zum Nervenzusammenbruch führen.

Die Schlangheit der Frau von heute ist die jugendliche Schlangeheit. Wo die Natur diesen Wünschen eine schmerzliche Enttäuschung bereitet, wird versucht, mit künstlichen Mitteln nachzuhelfen. Besonders beliebt sind die Entfettungskuren, die, wenn sie mit Vernunft und Maß durchgeführt werden, eine Wohltat für den Körper bedeuten, die aber in ihrer nur allzu häufigen Uebertreibung eine schwere gesundheitliche Gefahr bedeuten.

Das ist erst wieder in einer Sitzung der neuen Akademie für Medizin in Neuport von sachverständiger Seite festgestellt worden. Der Nerzerverammlung lagen wohl 20 000 Briefe von Patienten einer Frauenzeitschrift vor, in der die Opfer der gemäßigten Entfettungskuren bewegte Klage über ihre bösen Erfahrungen führten. Die Herausgeberin der Zeitschrift erläuterte diese Briefe dahin, daß sich in der Mehrzahl der Fälle die üblichen Folgen der Entfettungskuren in einem Nervenzusammenbruch, ja selbst in Tuberkulose und freibartiger Erkrankung gezeigt hätten. Diese Ergebnisse betrafen jedoch nur eine Minderheit. Die Mehrzahl der Opfer bestaunte sich darüber, daß, während sie ihrer Figur zur Schlangeheit verfallen hätten, ihr Gesicht während der Kur runzlig und schlaff geworden sei, so daß sie um zwanzig Jahre älter aussehien, als sie wirklich seien.

Diese Berichte gaben Professor Menas Gregor, dem Leiter der Psychiatrischen Abteilung des bekannten New Yorker Bellevue-Hospitals, Anlaß, die Frauen zu warnen und ihnen dringend zu empfehlen, sich zu einer Kur erst zu entschließen, wenn sie sich überzeugt hätten, daß ihr Gewicht den für die Gesundheit normalen Stand überschritten habe. „Wir behandeln in einem Jahre“, so führte Professor Gregor aus, „allein 225 Fälle, in denen die Entfettungskuren zu einem Nervenzusammenbruch geführt hat. Die Gewichtverminderung war in der Mehrheit der Fälle nicht der ausschließliche Grund des Nervenzusammenbruchs. Sie hatte allerdings in jedem Fall wesentlich dazu beigetragen, den Zusammenbruch zu beschleunigen.“



Zur Ratstagung in Genf.

Die außerhalb des Völkerverbundes. Russland zu Amerika: „Seien wir gute Freunde wie die dort drinnen.“

(The Daily Express)

An der Spitze stehen
Krügerol-Kalarrh-Bonbons
mit dem **günstigsten** wirkenden Zusatz

„Gemildert“ Stierkampf.

Primo de Rivera hatte unlängst verfügt, daß bei den traditionellen Stiergefechten die Pferde künftig Panzer tragen sollten, um gegen die Angriffe der Stiere geschützt zu sein. Diese Maßregel wurde nun in der Madrider Arena unter gewaltiger Spannung des Publikums zum erstenmal vorgeführt; die Berichterstatter sämtlicher südamerikanischen Zeitungen waren anwesend. Die Pferde der Picadores trugen blickgeschützte Panzer, einige aber nur einfache Lederdecken. Es zeigte sich sehr bald, daß die Maßnahme des spanischen Diktators ziemlich wirkungslos war. Von zwölf Pferden wurden vier zerrissen; von den Schutzdecken bewährten sich nur die ganz fest gearbeiteten. Das Publikum war mit der Neuordnung jedenfalls nicht zufrieden, und gab seinem Mißfallen in nicht mißzuverstehender Form Ausdruck.

Rundfunk-Mitteilungen.

Beethoven-Festern des Westdeutschen Rundfunks.
Am 26. März 1927, vormittags 11 Uhr, übertragen die Westdeutschen Sender die Gedächtnisfeier im Bonner Beethovenhaus, wobei u. a. das Klavier-Quartett auf den alten Beethoven-Instrumenten spielen wird.
Am 27. März 1927 wird ein „Festliches Konzert zum Gedächtnis Beethovens“ die Konzerthalle III und die 9. Sinfonie bringen. Dieses Konzert unter Leitung des Kapellmeisters Dr. W. Buschhoff findet in der Kölner Messehalle statt und stellt somit das erste öffentliche Auftreten des Rundfunk-Orchesters dar. Die Solopartien liegen in den Händen von Henry Wolff (Berlin), Helene Guermanova (Köln), Martin Wilhelm (Berlin), Wilhelm Strienz (Köln). Den Schlußchor bilden die gemischten Chöre des Arbeiter-Sänger-Korals Köln.

Was ist Faulheit?

Welche überflüssige Frage! Und doch finden sich immer noch Menschen, welche diesen Begriff anders als im üblichen Sinne aufgefaßt wissen wollen. Menschen, die im Körper lediglich den hemmungslosen Nihilismus, im Geist nur den benutzungslosen Nihilismus sehen, kurz die Naturen, die alle irdischen Unzulänglichkeiten mit dem Mantel alles verzehrenden Liebe gütig bedecken. Zu dieser Gruppe von launigen Menschenfreunden scheint auch jener bemerkenswerte amerikanische Arzt zu gehören, der auf Grund jahrelanger Untersuchungen in New Yorks Asyl für Obdachlose heute zur unerwarteten Überzeugung gelangt ist, auch die Faulheit sei eine Krankheit, während doch die Allgemeinheit bisher gewohnt war, Faulheit als „Glieder stärfend“ zu bezeichnen.

Es ist also nach Ansicht dieses wackeren Arztes eine regelrechte Krankheit und muß deshalb nach medizinischen Gesichtspunkten gründlich behandelt und geheilt werden.

Diese Faulheitskrankheit nennt ihr Entdecker gewöhnlich „Ergophobie“, zweifellos ein schöner Name, unter dem sich allerlei raten, aber nichts Bestimmtes vorstellen läßt. Doch das tut der Sache keinen Abbruch, daß endlich für Millionen und Abermillionen gutmütiger Menschen, die bisher vergeblich gegen diese Krankheit gekämpft haben, der Rettung naht. Nun, alle Faulen auf der ganzen Welt — es sind wahrhaftig nicht wenige — werden ihrem hochherzigen Heilbringer fieberhaft dankbar ihren unauflöslichen Dank bekunden, indem sie fortan Anspruch erheben, medizinisch und nicht wie bisher — durch Arbeit kuriert zu werden.

Wirtschaft u. Handel

(Die amtliche Großhandelsindexziffer.) Die auf den Stichtag des 9. März berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes beträgt 135,5 und hat gegenüber der Vorwoche um 0,1 v. H. nachgegeben. Die Indexziffer der Agrarstoffe ist vor allem für tierische Erzeugnisse um 0,5 v. H. auf 136,9 zurückgegangen. Die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Holzwaren ist weiter um 0,2 v. H. auf 130,7, die der industriellen Fertigwaren um 0,1 v. H. auf 141,8 gestiegen.

Rheinisch-Westfälisches

Rohlen-Exportat.

In der Mitgliederversammlung in Essen wurde für die Monate Januar und Februar die Inlandsumlage auf 0,15, die Auslandsumlage auf 0,40 M. festgesetzt. — Ueber die Marktlage wurde nachstehender Bericht erstattet: Die letzten drei Monate erhalten für die Kohlenwirtschaft unseres Bezirks ihr Gepräge durch einen starken Rückgang der Förderung. Die bisherigen Zahlen für März zeigen weiter sinkende Tendenz.

Wir haben eine sobald nicht wiederkehrende Gelegenheit zu höherem Absatz unwiederbringlich verloren.

und sind außerdem geschwächt in die Periode eingetreten, die, wie vorausgesehen war, durch einen verstärkten Wettbewerb gekennzeichnet ist. Im Inlande bietet zwar der industrielle Beschäftigungsgrad zurzeit noch ein freundliches Bild. Wir möchten aber nicht unterschätzen lassen, daß wir in den letzten Tagen schon hier und da beobachtet haben, daß die Nachfrage weniger dringend wird. Ganz allgemein ist in den Hausbrandorten der Absatz schon längere Zeit wegen des milden und inzwischen endgültig beendeten Winters sehr mäßig. In den Industrieorten ist der Bedarf im Inlande, wie gesagt, noch verhältnismäßig gering; aber demgegenüber sehen wir auch einen verstärkten Wettbewerb aller deutschen Bergbaubetriebe, die ja fast alle unmittelbar und alle mittelbar aus dem englischen Streik Vorteil gezogen haben und nunmehr nach Wegfall dieses Sonderabfahrs wieder härter ins Gedränge kommen. Ebenso macht die Einfuhr, besonders aus Holland, wieder die größten Anstrengungen. Noch viel schärfer prägt sich der

Umschwung, der nach Aufhören des englischen Streiks eingetreten ist, im bestrittenen Gebiet aus.

(Die Leipziger Frühjahrsmesse weiter sehr lebhaft.) Der Verkehr in den Messehäusern und auf dem Ausstellungsgelände war gegen früher außerordentlich lebhaft. Das läßt darauf schließen, daß auch die Geschäftsumsätze auf der Messe sich im Vergleich zu früher sehr wesentlich gehoben haben. Der günstige Verlauf der Messe wirkte sich in charakteristischer Weise auf der Messemesse darin aus, daß von zahlreichen Interessenten, auch aus dem Ausland, ansehnliche Aufträge im Messebedarf aller Art erteilt wurden. — In einer Sitzung des Verwaltungsrats des Leipziger Messeamtes wurde auch die Frage des Unterbringens der Messefremden erörtert, die angesichts des immer größer werdenden Zustromes von Einkäufern, namentlich auch aus dem Ausland, brennend geworden ist. Da nur etwa 3000 Hotelbetten zur Verfügung stehen, liegt der Gedanke nahe, durch Errichtung eines Hotelneubaus in der Form eines Hochhauses nach amerikanischem Muster die Unterbringungsmöglichkeiten zu vergrößern. Indes soll das Hochhaus als Hotel seine Pforten nur für die Messe öffnen. Eine Kommission wird unverzüglich die einkaufenden Schritte tun.

Dortmunder Schlachtviehmarkt

vom 14. März 1927.

Dem Schlachtviehmarkt waren zugeführt: 519 Stück Großvieh, 707 Kälber, 51 Schafe, 3082 Schweine. Der Marktverlauf war bei Großvieh, Kälbern und Schafen mittel, bei Schweinen lebhaft. Es wurden abgesetzt für 50 kg Lebendgewicht: Ochsen: a) 1. 60—62, 2. 59—61, b) 1. 55—59, 2. 51—54, c) 47—50, d) 41—45. Bullen: a) 59 bis 61, b) 56—59, c) 52—56, d) 44—52. Kälber: a) 56—57, b) 52—56, c) 48—52, d) 32—43. Ferkeln (Kälber): a) 60—62, b) 55—60, c) 47—55. Kälber: a) 60—63, b) 63—65, c) 65—66, d) 65 bis 66, e) 64—65, f) 62—64, g) 60—61, h) 55—59, i) 55—62. In den Preisen sind enthalten die Unkosten an Fracht, Viehsteuern, Viehsteuergeld, Händlergewinn.

Dereinsnachrichten

Heeren, 15. März. (Helden-Ehrungen.) Der Krieger- und Landwehrverein Heeren-Verne beging am Sonntag morgen zu Ehren der gefallenen Krieger von Heeren eine Gedächtnisfeier. Nach dem gemeinschaftlichen Kirchgange trat der Verein geschlossen beim Vereinswirt Kreuz an und marschierte zum Kriegerdenkmal. Die Musikkapelle der Heeren-Verne Heeren-Verne leitete die Feier durch den Choral „Wie sie so sanft ruhen“ ein. Dann gedachte Herr Pastor Timmermann der deutschen Soldaten, die in fremden Ländern ruhen. Zum Zeichen der Dankbarkeit legte er im Namen des Vereins einen Kranz nieder. Im Anschluß daran sprach Herr Pastor Timmermann die Worte: „Ihr Helden, die ihr für uns gestorbt, wir danken euch.“ Der Verein Heeren-Verne hat zu Ehren ihrer gefallenen Mitglieder an der Gedenktafel am Gemeindefeuer einen Kranz niedergelegt. Herr Brandmeister W. G. sprach in feierlichen Worten von der Bedeutung des Tages. Die Kapelle unter Leitung des Herrn Standop spielte mehrere Trauermärsche. Dieser Feier hatte sich die Sanktitätskommission vom roten Kreuz angeschlossen. — Ebenfalls gedachte der Kathol. Männergesangsverein seiner im Kriege gefallenen Mitglieder. Im Anschluß an die Gedenkfeier sprach der 2. Vorsitzende des Vereins, Herr Schott, wenige Worte zu Ehren der gefallenen Sangesbrüder und verabschiedete zur Einigkeit.

Heeren, 15. März. (Evangel. Frauenverein.) In dieser Woche feierte der evangel. Frauenverein unter dem Vorsitz der Frau Gräfin von Bodelschwingh-Bietzenberg ein Jubiläum. Zum 25. Mal wurde die Veranstaltung durch eine Gedächtnisfeier ein. Im Anschluß daran sprach Frau Gräfin von Bodelschwingh-Bietzenberg das Wort. Sie sprach in warmen Worten von der Gründung des Vereins und der Arbeit, die derselbe in den verflochtenen 25 Jahren, besonders aber im Kriege, geleistet hat. Darauf ging man zum gemütlichen Teil über. Eine auswärtige Dame brachte bei Kaffee und Kuchen einige schön klingende Lieber zum Vortrag. Nach mehreren gemeinschaftlichen Liedern wurde die Feier geschlossen.

Heil, 15. März. (Schwimmverein Heil 1910.) In der letzten Versammlung standen als besondere Punkte das Schwimmfest, die Gründung einer Jugendabteilung und die Schwimmordnung. Betreffs des Schwimmfestes einigte man sich dahin, daß ein Festanstand gewählt wurde, der die ganzen technischen Angelegenheiten zu regeln hat. Schwimmlager war die Gründung einer Jugendabteilung. Die Gründung ist eine Notwendigkeit, weil aber der Verein ohne Winterbad zu viel von der Witterung abhängig ist und die Jugend an solchen Sommerferien anderweitig sportlich betätigt werden muß, ist ein Sportplatz unbedingt nötig. Als provisorischer Jugendleiter wurde Herr Tiedels gewählt. Der Jugendleiter soll in der nächsten Vorstandssitzung einen Sportplatz vorschlagen. Zwecks Überlassung eines Sportplatzes sollen einige Herren mit der Gemeindevorstellung sich in Verbindung setzen und nach einem geeigneten Platz Ausschau halten. Sodann kam die Schwimmfahrt nach Litz zur Sprache. Hatte bisher große Einigkeit in der Versammlung geherrscht, so brachte dieses Thema erregte Gemüter, zumal der Kassenwart die hierzu nötigen Mittel nicht herbeiführen wollte. Nach vielen Für und Gegen kam dann doch die Schwimmfahrt zustande und wurde der Schriftführer beauftragt, sich mit der Leitung des Litzener Schwimmvereins, wegen der Privataquartiere für die Starter, in Verbindung zu setzen. Unter Berücksichtigung wurde beschlossen, eine Umkleehalle für die Jugendabteilung zu bauen. Da es aber dem Verein an den hierzu nötigen Mitteln mangelt, soll der Vorstand durch den Ortsjugendleiter Herrn Rektor Schnell wegen Befreiung von der Kassensteuer zum Schwimmfest beim Amt in Litzum vorstellig werden; der Verein wird dann die hier ersparten Mittel zur Erbauung der Halle verwenden. Zum Schluß wurde noch beschlossen, dem Schwimmverein 1891 e. V. Kamen zwei Wochen nachmittags zum Üben zur Verfügung zu stellen. Mit einem fröhlichen „Gut Nacht“ auf den Sportverband fand die Versammlung ihr Ende.

Alhambra-Lichtspiele

Kamen i. W., Weststraße 9.

Vom Dienstag bis Donnerstag
bringt der neue Spielplan den grossen Zirkusfilm

Salto Mortale

6 Akte aus dem Leben eines Zirkusmädchens.

In den Hauptrollen:

CLARA BARTHEL / HARRY HARDT
WERNER PITTSCHAU / ERNST VEREBES

Ein Film, wie man ihn nicht alle Tage zu sehen bekommt, mit gut gelungenen Zirkus-Szenen und Sensationen voller Spannung. Der Atem stockt dem Zuschauer, wenn zu dem halbbrecheitischen Kunststück des SALIO MORTALE die Zirkusreiterin mit dem Pferde zur schwindelerregenden Höhe der Zirkuskuppel hinaufgezogen wird, und im kritischen Moment in Folge eines Kurzschlusses ein verheerender Brand ausbricht, der den Zirkus vernichtet.

Der zweite Schlager fährt den Titel:



Ueber alles die Liebe

und wird in 6 Akten von der heutigen Jugend und von den heutigen Sitten die Frage auf: **Stehen wir im Zeichen des Verfalls?** Er erbringt den Beweis, daß trotz Bublikops, kurzen Rocks und Lippenstifts die Moral bei den jungen Mädchen der heutigen Zeit nicht schlechter ist, als sie früher war, und dass Geld und Reichtum nicht glücklich machen, sondern dass die Liebe über alles geht.

Dazu: **Emelka-Wochenschau.**

958

Neue grosse Wandkarte

des Deutschen Reiches

ca. 98x90 cm gross, in vielen Farben gedruckt, enthält Städte und andere Ortschaften, Seen, Flüsse, Eisenbahnen u. s. w. Gleichfalls sind die alten und neuen Landesgrenzen, Provinzgrenzen verzeichnet.

Preis 1.— Mark.

Buchhandlung
der Kamener Zeitung

Markt 15.

Nur noch kurze Zeit dauert

unser Räumungsverkauf.

Unsere Preise überraschen!

Damen-Mäntel, Konfirmanden-Mäntel spottbillig.

Gebr. Keil, Kamen

Bahnhofstrasse 57.

957

Saatkartoffeln!

Holl. Erntlinge, Zinfieren, Krebsfest, Frühe Rosen, Odew. Blane, Industrie und Preußen, Krebsfest, anerkannte Abfaaten,

liefern p. März/April zum billigsten Tagespreis. Bestellungen erbitte möglichst frühzeitig.

— Telefon 135. —

Jul. Jordan,

Kartoffel-Großhandlung.

Für Oberaden nimmt Herr Fr. Hüfing in Oberaden, für Mettler Herr Heim. Wüde in Mettler, Bestellungen entgegen.

632

Sächsische Bettfedern und Bettenfabrik Paul Hoyer, Delitzsch 38

Provinz Sachsen, Angerstraße 4

sendet Ihnen nur allerbeste, streng reelle Qualitäten Bettfedern und Inletts

bedeutend billiger (zu Fabrikpreisen)

Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben u. Preisliste umsonst u. portofrei.

Stadt. Bühnen Dortmund.

Mittwoch, den 16. März

Stadttheater

7 1/2 — 10 1/2 Uhr

B 27 953

Empfängerinnen.

Somöopathie

Natur-Heilweise.

Behandlung sämtlicher Krankheiten auch in veralteten Fällen. Gallensteine werden binnen einigen Stunden schmerzlos entfernt.

62

Frau Grahe,

Heilkundige.

Sprechstunden in Kamen jeden Mittwoch von 9—12 Uhr im Restaurant Menns, Weststraße 47.

Stabiles

Herren-

Fahrrad,

praktisch für Motoreinbau, sehr gut erhalten.

losgelöst abgegeben.

Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Sta. 966

Gelegenheitsauf.

Gebrauchtes und neues

Dürrkopf.

Herrenfahrrad

billig abgegeben. Näh.

in der Geschäftsst. d. Kamener Sta. 964

Rüppersbisch-

Herd

zu verkaufen. 913

Roosstraße 6.

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

913

Die Aufwertungsfrage.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns aus Berlin geschrieben:

Durch den von den Aufwertungsverbänden erneut gestellten Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens, das auf eine höhere Aufwertung abzielt, ist die Aufwertungsfrage neu aufgerollt worden. Die kürzlich im Reichsausschuß des Reichstages von dem Reichsjustizminister abgegebene Erklärung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die neue Reichsregierung sich einer grundlegenden Veränderung der Aufwertungsgegebung ebenso widersetzen wird, wie die alte; gewiß nicht aus Begehrlichkeit für die vom Reichstag seinerzeit beschlossene Aufwertung, deren Mängel niemand verkennen, sondern vielmehr aus der nächsten Erwägung heraus, daß allein schon die Wiederaufrollung der Frage durch die Regierung eine neue Beunruhigung in unsere Wirtschaft hineinträgen müßte und eine ernsthafte Gefährdung unserer mühsam wiederhergestellten Währung zur Folge haben könnte.

Das grundsätzliche Festhalten an der bestehenden Aufwertungsgegebung schließt natürlich nicht aus, daß man kleine Schönheitsfehler zu beseitigen sucht. Reichsjustizminister Heugt hat denn auch bereits in seiner Erklärung einen entsprechenden Gesetzesentwurf angekündigt. Mit dieser Vorlage hat sich das Reichstagsabgeordnete in den letzten Tagen beschäftigt. Es handelt sich dabei um eine Steuerregelung der Zinszahlung für aufgewertete Hypotheken und um etwa 6 bis 7 weitere Fragen juristischer Natur. Die Vorlage wird schon am Dienstag dem Reichsrat zugehen, der sie voraussichtlich am Mittwoch verabschiedet wird, so daß sie dann dem Reichstag zugeführt werden kann. Der Gesetzesentwurf wird zugleich dem Reichsausschuß überwiesen werden, der sich voraussichtlich schon am Freitag in einer Generaldebatte mit der Aufwertungsfrage beschäftigen wird. Die Ausschüßberatung selbst wird allerdings längere Zeit in Anspruch nehmen, und da der Reichstag bis Ende März durch die Haushaltsberatung vollständig beansprucht wird, ist mit der zweiten Lesung in der Vollversammlung nicht vor April zu rechnen.

Da dem Reichsausschuß noch eine ganze Reihe von Aufwertungsanträgen vorliegen, darf man wohl annehmen, daß man deren Beratung wenigstens zum Teil mit der Beratung der Regierungsvorlage verbinden wird, soweit dadurch keine Verschleppung der Angelegenheit verursacht wird. Die Anträge — es sind über 20 — beziehen sich zum Teil auf eine präzisere Gestaltung der Aufwertungsgegebung sowie auf die Kleinrentenreform. Man nimmt an, daß die Regierung bereit ist, in bezug auf die sofortige Auszahlung der Aufwertungsabfindung an bedürftige Kleinrentner, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, ein weiteres Zugeständnis zu machen, und zwar entweder in Form einer neuen Vorlage oder in der Form einer Generalbevollmächtigung an die Regierung. Zwischen den Regierungsparteien sind bereits Verhandlungen im Gange, um für die Vorlage der Regierung eine feste Mehrheit zu sichern. Andererseits sollen alle weitergehenden Anträge von dieser Mehrheit abgelehnt werden, damit eine klare Lage geschaffen wird.

In keinem Fall soll also die materielle Grundlage der Aufwertungsgegebung erschüttert werden. Niemand soll sich deshalb übertriebene Erwartungen hingeben, die doch nur getäuscht werden würden. Auch das Schicksal des beantragten Volksbegehrens kann kaum zweifelhaft sein. Die Regierung dürfte sich auf diesem Antrag gegenüber auf den Standpunkt stellen, daß die geforderte höhere Aufwertung den Reichshaushalt vollkommen über den Haufen werfen würde. Nach stimmungsgemäßer Auslegung der Reichsverfassung und des Gesetzes über das Volksbegehren muß man deshalb Aufwertungsfragen den Steuer- und Finanzfragen gleichstellen, die gesetzmäßig dem Volksbegehren entzogen sind. Die Regierung hat bekanntlich seinerzeit schon versucht, durch eine Änderung des Gesetzes jeden Zweifel auszuschließen, daß Aufwertungsfragen nicht zum Gegenstand eines Volksbegehrens gemacht werden können. Es fand sich aber für diese Vorlage nicht die erforderliche Mehrheit. Infolgedessen hat man dann dem Gesetz die erwähnte Auslegung gegeben und auf Grund dieser Auslegung den ersten Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens für unzulässig erklärt. Damit ist ein Präjudiz geschaffen worden, auf das sich die jetzige Regierung berufen kann. Ein Beschluß der Reichsregierung liegt zur Zeit allerdings noch nicht vor.

Die Lage der Landwirtschaft in Preußen.

Bericht über den Februar 1927.
Wie dem Amtlichen Preussischen Pressebüro aus dem Landwirtschaftsministerium geschrieben wird, ergibt sich auf Grund der Berichte der Preussischen Landwirtschaftskammern über die Lage der Landwirtschaft in Preußen im Februar 1927 folgendes Bild:

Allgemeines: Steuern, Abgaben und soziale Lasten machen sich weiter in drückender Weise bemerkbar. Vielfach müssen Stundungen nachgesucht werden. Die Kreditnachfrage, auch nach Pächterinventarkrediten, hält trotz hoher Zinssätze an. Die Grundstücksverkäufe bewegen sich in mäßigen Grenzen.

Ackerbau: Durch das Frostwetter wurde das Ausfahren des Stallpferdes auf den Acker ermöglicht. Die Winterfröhen des Weizens und der Gerste stehen befriedigend, dagegen hat ungebeizte Roggenfrucht durch Fäulnisbefall gelitten. Weizen und Weiden sind in gutem Zustand, soweit sie nicht Ueberflutungen ausgesetzt waren. Der Erdbau der vorjährigen Ernte hat bei Sommer- und Wintergetreide Enttäuschungen gebracht.

Vieh- und Viehhaltung. Die Ernährung des Viehes gestaltet sich im allgemeinen normal. Die Preise für gutes Pferdmaterial haben sich etwas gebessert, obgleich die Nachfrage nach wie vor gering ist. Der besonders zu Anfang des Monats eingetretene Rückgang der Preise für Schlachtschweine gefährdet im Verein mit der Knappheit an betriebseigenen Futtermitteln die Schweinemast. Die Geflügelzucht gewinnt durch Einrichtung rationeller Geflügelkennnisse immer mehr an Bedeutung.

Betriebsmittel: Die Nachfrage nach Kraftfuttermitteln ist besonders reger. An Saatgut werden hauptsächlich Hafer und Kartoffeln verlangt. Der Bezug von Düngemitteln wird infolge des Geldmangels eingeschränkt.

Feld-, Gemüse- und Gartenbau: Die Frühgemüsefrüchte sind überall in Angriff genommen worden. Das auf den Markt kommende Obst und Gemüse ist leider größtenteils Auslandsware.

Landwirtschaftliche Nebengewerbe: Wollewaren und Brennereien sind voll beschäftigt; Stärkefabriken und Trocknerarbeiten mit eingeschränktem Betrieb.

Arbeiterverhältnisse: Es fehlt, wie bisher an weiblichem Dienstpersonal, besonders in häuslichen Betrieben. Auch werden Fälle namhaft gemacht, wo Erwerbslose die Arbeitsaufnahme zu den Bedingungen des Tarifs für Landarbeiter abgelehnt haben. Die rege Zuzugnahme der Staatsdarlehen für den Landarbeiterwohnungsbauelement an.

Sonstiges: Bis auf gute Fänge der Nachschiffer an der hinterpommerschen Küste waren die Fischereierträge gering und der Absatz schwierig. In der Forstwirtschaft ist der Holzeinschlag bei befriedigender Nachfrage und guten Preisen fortgesetzt worden.

„Reise ohne Gefahr“.

Die Betriebssicherheit auf der deutschen Reichsbahn.

Block- und Signalwesen. — Die automatische Zugbeeinflussung. Woran es noch immer fehlt!

Vor kurzer Zeit hat die Reichsbahnverwaltung eine Schrift unter dem Titel „Reise ohne Gefahr“ herausgegeben, in der die umfangreichen Einrichtungen und Vorkehrungen zur Verhütung von Eisenbahnunfällen und der Unfallbeseitigung bei eingetretenen Unfällen ausführlich behandelt werden.

Obgleich ein Schienenweg eine Lebensdauer von etwa 40 Jahren hat, werden die Strecken im allgemeinen nach 20 Jahren, auf den Hauptlinien bereits nach 10 Jahren, erneuert. — In der Vorkriegszeit wurden die Hauptstrecken regelmäßig innerhalb 24 Stunden dreimal begangen, gegenwärtig findet, wie auch fast überall im Auslande, jeden Tag nur eine Streckenbegangung statt, die wöchentlich mindestens einmal in der Nacht auszuführen ist; diese Maßnahme ist begründet durch den vervollständigten Überbau durch stärkere Befestigung und bessere Lagerung der Schienen usw. — Derartige, Bodenentwässerungen usw. Gefahr droht, findet häufige Begangung statt. In dieser Streckenbegangung tritt zur Vermeidung von verkehrshindernden Anschlägen der „Streckensicherer“, dessen Aufgabe es ist, besonders gefährdete Plätze zu begangen, und überhaupt die Sicherheit auf dem gesamten Bahngelände zu gewährleisten.

Im weiteren wird über das Block- und Signalwesen ausführlich berichtet. Danach werden die befahrenen Eisenbahnlinien in Streckenabschnitte, sogenannte Blockabschnitte eingeteilt, von denen jede an ihrer Einfahrtstelle ein Signal trägt. Dieses Signal, das den sich nähernden Zügen die Einfahrt freiläßt oder verbietet, kann vom Stellwerk aus nur auf Fahrt gestellt werden, wenn der voranlaufende Zug diese Blockstation bereits verlassen und automatisch freigegeben hat; dagegen ist es dem Signalarbeiter jederzeit möglich, ein Signal, das schon auf Fahrt gestellt ist, wieder auf Halt zurückzustellen, wenn ein Ereignis es ihm gebietet, einen Zug vor einer neuen Blockstrecke zum Halten zu bringen. So hatte z. B. der Weichenwärter bei Paderborn, als er ein Krafen hörte und die Lichter des Berliner Schnellzuges plötzlich verschwanden, daß, sofort dem aus Hannover heranbrausenden Zuge die bereits auf „Fahrt“ stehenden Signale auf „Halt“ zurückgeworfen; dieser konnte infolgedessen sofort abbremsen und dadurch noch größeren Unheil verhindert werden. Auch die Weichen sind mit dem Signal so in Verbindung gebracht, daß ein Signal nur auf „Fahrt“ gestellt werden kann, wenn die Weichen richtig stehen.

Um das Erkennen des Signals zu erleichtern, sind sogenannte Vorsignale aufgestellt, die mit dem Hauptsignal verbunden sind und dem Lokomotivführer schon etwa 700 Meter vorher (das ist ungefähr die Entfernung, die ein schwerer Zug zum Bremsen braucht), anzeigen, wie das Hauptsignal steht. Auf Strecken, die mit großer Geschwindigkeit durchfahren werden, werden die Vorsignale durch sogenannte Balken angeklippt; das sind weiße Holztafeln, die in Abständen von je 75 Metern vor dem Hauptsignal angeordnet sind. In der Regel sind drei, auf stark befahrene Strecken bis fünf solcher Balken vorgesehen. Die Signale und Weichen werden meistens von Stellwerken aus bedient, 17.000 Stellwerke mit rund 300.000 Hebeln sind bei der Reichsbahn in Betrieb. Sie verfügt über 92.032 Signale.

Ueber Zugbeeinflussungseinrichtungen, die auf automatische Weise den Zug zum Halten bringen sollen, um die Verantwortlichkeit des Lokomotivführers zu vermindern und ihn nicht nur von seinen Sinnen abhängig

zu machen, wird mitgeteilt, daß seit mehr als einem Jahrzehnt auf diesem Gebiet Versuche angestellt werden, die bisher zu einem brauchbaren Ergebnis nicht geführt haben. Eine dieser Einrichtungen bestand darin, daß an den Schienen ein Anschlag angebracht wird, der mit dem Signal gekuppelt ist und sich in den Weg der Maschine stellt, wenn dieses Signal die Weiterfahrt verbietet; der Anschlag soll dann auf der Maschine ein Warnungszeichen auslösen. Bisher sind elektrische und akustische Zugbeeinflussungseinrichtungen ausprobiert. Die Lösung des Problems ist dadurch erschwert, daß der fahrende Zug mit seiner ungeheuren lebendigen Energie schwer beeinflussbar ist.

Alle Sicherheitsvorrichtungen, die auf Sachkenntnis und langjähriger Erfahrung beruhen, haben es nicht vermocht, auch in den letzten Jahren größere und kleinere Eisenbahnunfälle zu vermeiden. Wir erinnern an Reisterde, wo allerdings ein fesselhafter Anschlag vorlag, und an München (Hauptbahnhof), zu verhindern. Zwei Arten von Eisenbahnunfällen, sind es, bei denen es an ausreichenden Schutzvorkehrungen zu mangeln scheint. Man häufig liegt man davon, daß auf dieser oder jener Strecke ein Auto oder ein Fuhrwerk vom herankommenden Zuge überfahren wurde. Es werden dabei nicht nur die Insassen der Wagen, sondern auch der Eisenbahngast in höchstem Grade gefährdet. Die vorhandenen Schutzvorrichtungen (Schranke, Räumwerk, nachts Laternen) scheitern hier nicht ausreißend zu sein und bedürfen dringend der Verbesserung. Bei räuberischen Überfällen auf alleinreisende Personen (sie kommen glücklicherweise selten vor, werden aber kaum ganz verschwinden), ist der Ueberfallene in keiner Weise in der Lage, das Eisenbahnpersonal zur Hilfe herbeizurufen. Die schwer erreichbare Notbremse wird nötigenfalls allerdings den Zug zum Stehen bringen, es dem Räuber aber auch ermöglichen, sich durch rechtzeitiges Abpringen in Sicherheit zu bringen. Wäre die Anbringung einer im Abteil befindlichen, leicht erreichbaren Alarmvorrichtung zweckmäßig?

Ueber den bei der Reichsbahn organisierten Unfalldienst wurde öfter berichtet. Es sei nur kurz wiederholt: jeder Zug führt im Packwagen Verbandstasche mit; jeder Bahnhof verfügt über einen Verband- und Medizinschrank, sowie einen stets erreichbaren Bahnarzt. Auf allen größeren Bahnhöfen stehen Hilfszüge bereit, die mit allen notwendigen Geräten ausgerüstet sind. Nach menschlichem Ermessen ist alles geschehen, um bei Unfällen Hilfe mit größter Geschwindigkeit zur Stelle zu schaffen.

Was kostet am 1. Mai das Telephon?

Der neue Fernsprechtarif.

Die wichtigsten Merkmale des neuen Fernsprechtarifs, der am 1. Mai 1927 in Kraft treten soll, sind: Die Wiedereinführung einer Grundgebühr für die Hauptanschlüsse, die Festsetzung einer einheitlichen Ortsgesprächsgebühr für alle Teilnehmer, die Ermäßigung von Fernsprechtspreisen und eine Reihe anderer Erleichterungen für die Teilnehmer.

Die Grundgebühr beträgt für jeden Hauptanschluß in Ortsnetzen mit

Hauptanschluß	monatlich	Hauptanschluß	monatlich
1 bis 50	3 RM.	501 bis 1000	6,50 RM.
51 bis 100	4 RM.	1001 bis 5000	7,50 RM.
101 bis 200	5 RM.	5001 bis 10.000	7,50 RM.
201 bis 500	6 RM.	10.001 bis 300.000	8,50 RM.

Die Ortsgesprächsgebühr beträgt einheitlich für alle Teilnehmer und für öffentliche Sprechstellen 10 Pfg. Die Zahl der Pflichtgespräche, d. h. der Gespräche, für die mindestens im Monat Ortsgesprächsgebühren zu entrichten sind, beträgt für jeden Hauptanschluß

Ortsnetz	Hauptanschlüsse	Ortsnetz	Hauptanschlüsse
in Ortsnetzen mit 1—50 Hauptanschlüssen	20	in Ortsnetzen mit 51—1000 Hauptanschlüssen	30
und in den übrigen Netzen	40 Gespräche		

Für Anschlüsse, die nach ihrer Schaltung vom Teilnehmer nicht zur Anmeldung von Ortsgesprächen benutzt werden können, sind keine Pflichtgespräche zu bezahlen. Ebenso wird bei Teilnehmern, die ihren Anschluß nach vorheriger Anmeldung längere Zeit nicht benutzen, für volle in die Zeit der Nichtbenutzung fallende Kalendermonate auf die Bezahlung von Pflichtgesprächen verzichtet. Teilnehmer mit mehreren Hauptanschlüssen brauchen nicht für jeden einzelnen der in einer Nebenstellenanlage vereinigten und nach derselben Vermittlungsstelle führenden Hauptanschlüsse die Pflichtgespräche besonders anzufordern, sondern sie müssen nur insgesamt mindestens zwölf Gespräche monatlich bezahlen, wie Pflichtgespräche auf alle Anschlüsse zusammen entfallen.

Die Ferngesprächsgebühren betragen für gewöhnliche Dreiminutengespräche auf Entfernungen

Entfernung	Preis
von 5—15 km.	30 Pfg.
von 15—25 km.	40 Pfg., bisher 45 Pfg.
von 25—50 km.	70 Pfg., bisher 90 Pfg.
von 50—75 km.	90 Pfg., bisher 120 Pfg.
von 75—100 km.	120 Pfg.

über 100 km. für je 100 km. 30 Pfg. mehr. Gespräche bis zu 5 km. gelten künftig als Ortsgespräche.

Bei Gesprächen von längerer Dauer als 3 Minuten wird die überschüssige Gesprächszeit allgemein nach einzelnen Minuten berechnet und für jede volle oder angefangene Minute ein Drittel der obenstehenden Sätze erhoben. Bisher wurde diese Berechnungsweise nur bei Gesprächen auf Entfernungen über 100 km. angewandt.

Für Ferngespräche, die in der Verkehrs-schwachen Zeit zwischen 7 Uhr abends und 8 Uhr morgens ausgeführt werden, ermäßigen sich die Gebühren auf zwei Drittel der Sätze für Tagesgespräche. Werden Gespräche, die vor 7 Uhr abends oder 8 Uhr morgens begonnen haben, über diesen Zeitpunkt hinaus fortgesetzt, so werden die Gebühren nach den Sätzen für die Verkehrszeit berechnet, in der das Gespräch begonnen hat.

Für dringende Gespräche wird wie bisher das Dreifache der für gewöhnliche Gespräche geltenden Gebühren erhoben, für Mitsprache das Zweifache statt bisher das Dreifache.

Für Ortsnetze mit mehr als 10.000 Hauptanschlüssen tritt eine Verbilligung der Ferngespräche mit Orten der näheren Umgebung dadurch ein, daß für sie die Ortszone von 5 km. und die ersten beiden Fernzonen (15 und 25 km.) erweitert werden. In Ortsnetzen mit mehr als 10.000 bis 20.000 Hauptanschlüssen, dazu gehören Bremen, Chemnitz, Duisburg, Essen, Hannover, Kassel (Hr.), Magdeburg, Mainz, Meiningen, Nürnberg und Stuttgart reicht die Ortszone künftig bis 8 km. vom Fernamt ab gerechnet und die beiden anderen Zonen bis 15 und 25 km. In Ortsnetzen mit 20.000 bis 50.000 erweitern sich die Zonen bis 10, 20 und 30 km. Diese Verbilligung erhalten Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt (Main), Köln, Leipzig und München. Für Berlin und Hamburg werden die Ortszone auf 15 km. und die beiden anderen Zonen auf 25 km. und 35 km. festgesetzt.

Eine wichtige Veränderung in der Berechnung der Gesprächsgebühren tritt für öffentliche Sprechstellen in Orten ohne Vermittlungsstelle ein. Bei diesen öffentlichen Sprechstellen rechnen die Entfernungen im Fernverkehr jetzt von der öffentlichen Sprechstelle ab, während diese Entfernung für Teilnehmer, die in demselben Orte wohnen, von ihrem Fernamt ab gerechnet. Künftig wird auch bei öffentlichen Sprechstellen die Entfernung von dem Fernamt gerechnet, in dessen Bereich sie liegen.

Von den übrigen Gebührenermäßigungen ist noch besonders zu erwähnen: Die Ermäßigung der Sondergebühr für AP-, B- und M-Gespräche auf 40 Pfg. bei Entfernungen bis 100 km. und auf 50 Pfg. bei Entfernungen von 100 bis 200 km., der Wegfall der Sondergebühr von 15 Pfg. für eine Reihe von Nebenleistungen im Fernverkehr und die Ermäßigung der festen Sätze der Einrichtungsgebühren mit Ausnahme des Satzes von 80 RM. für einen Hauptanschluß.

Die „unterirdischen Organisationen“ auf der Flotte.

Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruchs vernahm den kommunikativen Schriftsteller Sachse, der während der Urteufe auf der Flotte im Jahre 1917 verhaftet und zu Zuchthaus verurteilt wurde. Sachse erklärte, von seinem Zeugnisverweigerungsrecht soweit Gebrauch machen zu wollen, als er von etwaigen Aussagen Nachteil für sich befürchten müsse. Der Zeuge gab eine zusammenhängende Darstellung der von ihm und seinen Gefinnungsgenossen geschaffenen „unterirdischen Organisation auf der



Die tägliche Suppe ist kein Luxus, sondern für unser Wohlbefinden von größter Wichtigkeit; das bedarf keiner Begründung. Gute Suppen bereitet man bequem, schnell und billig aus **MAGGI'S Suppen-Würfeln**

Flotte." Von der Haltung der Sozialdemokratie
sei er enttäuscht gewesen, und vom Frühjahr
1918 ab habe die Richtung, die eine Klassen-
bewußte neue Organisation für nötig hielt,
und die in dem Abgeordneten Liebknecht
ihren geistigen Führer sah, Ausbreitung auf
sämtlichen Schiffen der Hochseeflotte gewonnen.
Zum leitenden Zentralkomitee gehörte auch
Sachse. Die Bewegung war aber selbständig,
ohne Verbindung mit Abgeordneten, entstanden
und behielt ihre Selbständigkeit jederzeit bei.
Ihre propagandistische Richtung zog die Be-
wegung aus der Untätigkeit der Flotte
und aus der angeblich nicht befriedigen-
den Ernährung und Behandlung.
Zur Zeit der Stageralschlacht betrug
die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder schon
über 3000. Die Kiste dieser Verbindung wurde
von der Flottenleitung gefunden, aber in ihrer
Bedeutung nicht erkannt und vernichtet. Nach
der Abzweigung der U.S.R. von der Sozial-
demokratie fand die Organisation um Sachse
in der U.S.R. ihre Partei. Die Matrosen sahen
sich genötigt, die Durchführung der Ein-
richtung der Menagekommissionen betreffend
Verordnung des Staatssekretärs des Reichs-
marineamts von ihren Offizieren zu erzwingen.
Daher, ob Mannschaften berechtigt seien, in
diesem Falle zur Widergesetzlichkeit gegen Vor-
gesetzte zu schreiten, fragten Matrosen wie
Majestät und Sachse bei maßgebenden
Persönlichkeiten in Berlin, zu denen auch
der Abg. Dittmann gehörte, an. Sachse
bestätigt in der Hauptsache, was Dittmann über
Inhalt und Dauer dieser Aussprache bereits
bekannt hat, namentlich, daß der Abgeordnete
ihn zu beruhigen versuchte und ihn vor
unvorsichtigen Handlungen warnte.

Die Rechte und Pflichten der Schöffen und Geschworenen.

Ihre Verhältnisse zu den Berufsrichtern.
— Ein Merkblatt für Schöffen und Geschworene.

Eine Allgemeine Verfügung des Preussischen
Justizministers vom 10. März 1927 über die
Rechte und Pflichten der Schöffen und Geschwo-
renen und ihre Verhältnisse zu den Berufsrich-
tern beginnt mit folgenden Worten:

„Vertrauensvolles, von gegenseitiger
Achtung getragenes Zusammenwirken zwischen den
Berufsrichtern und den Schöffen oder Geschwo-
renen ist Voraussetzung für eine gesunde Straf-
rechtsprechung.“

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst
weiter der Verfügung des Ministers entnimmt,
hat der Minister gleichzeitig ein Merkblatt
herausgegeben, das dazu bestimmt ist, den
Laienrichtern die Erfüllung ihrer Aufgabe zu
erleichtern, indem es ihnen einen übersicht-
lichen Überblick über ihre Rechte und Pflichten
gibt. Das Merkblatt wird jedem Schöffen
und Geschworenen einschließlich der Hilfschöffen
und HilfsGeschworenen bei der Mitteilung von
seiner Berufung zugelegt; den für das lau-
fende Geschäftsjahr ausgewählten Schöffen und
Geschworenen (einschließlich der Hilfschöffen und
HilfsGeschworenen) soll es alsbald nach Bekannt-
gabe dieser Verfügung überhandt werden.

Der Inhalt des Merkblattes kann den
Schöffen und Geschworenen nur einen allge-
meinen Überblick vermitteln; ihnen im Einzel-
fall die Ausübung ihres Amtes nach Kräften
zu erleichtern, ist Pflicht der mit ihnen zusam-
menwirkenden Berufsrichter. Schon bei der
Eidempfangung soll darauf geachtet werden, daß
die Laienrichter der Verhandlung folgen und
mit den an der Verhandlung teilnehmenden
Berufsrichtern in ständiger Verbindung bleiben
können. Die Führung der Verhandlung muß
ihrem Verständnis angepaßt werden;
Formlichkeiten und Fachausdrücke, die nicht ohne
weiteres verständlich sind, sind ihnen zu er-
klären.

In der Beratung soll es das Bestreben der
Berufsrichter sein, bei den mitwirkenden Laien-
richtern das Gefühl der eigenen Mit-
verantwortlichkeit am Ausfall der Ent-
scheidung zu stärken, für Aufklärung von Miss-
verständnissen und Zweifeln zu sorgen und die
Rechtsfrage, deren Anwendung in Frage steht,
ihrem Verständnis näher zu bringen. Dabei
sind den Schöffen und Geschworenen, um sie
zu einer möglichst selbständigen Ur-
teilsbildung zu veranlassen, Gelegenheiten
zu erschöpfender Aussprache zu geben.

Die Abstimmung ist von der Beratung
heftig zu scheiden; bei jeder einzelnen Ab-
stimmung wird das Stimmverhältnis
ausdrücklich festzustellen sein. In nicht
einfachen Fällen kann es zweckmäßig
sein, über das Stimmverhältnis sofort eine
Aufzeichnung zu machen. Solche Aufzeich-
nungen werden in versiegelter Umschlag unter
dem Aktenbeleg verwahrt und etwa ein Jahr
nach Schluß des Verfahrens vernichtet werden
können.

Bei den Entscheidungen, die das Gericht
trifft, ohne sich zur Beratung zurückziehen,
darf nicht der Eindruck entstehen, als ob die
Schöffen oder Geschworenen bei der Beschluß-
fassung übergegangen würden. — Das Merk-
blatt, das in 13 ausführlichen Abschnitten die
Rechte und Pflichten der Schöffen und Geschwo-
renen regelt, ist in Nr. 11 des „Justizmin-
sterialblatt für die Preussische Gesetzgebung und
Rechtsprechung“ einzusehen.

Verurteilung eines deutschen Journalisten in Italien.

Der deutsche Journalist Delius, Korre-
spondent der Berliner Illustrierten
Zeitung, der in Genua unter der Anschuldig-
ung verhaftet worden war, seiner Zeitung Wi-
der und Artikel überhandt zu haben, die eine
Perasiegnung Italiens darstellten, wurde wegen
Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutze des
Staates zu 30 Tagen Gefängnis und Tragung
der Prozesskosten verurteilt. Von der Anklage
der Aufreizung zum Klassenhaß wurde er freige-
sprachen.

Westfalen u. Rheinland

Aus dem Industriegebiet

Hagen, 15. März. (Technische Ver-
suche bei der Reichsbahn.) Ein aus mehreren
Mitgliedern der Hauptverwaltung der Deutschen
Reichsbahngesellschaft bestehende technische Kom-
mission unternahm eine Versuchsfahrt von Ber-
lin über Hagen, Altenhagen nach Heinsberg
(Westfalen). In Hagen und Altenhagen schlo-
ßen sich der Kommission Mitglieder der
Reichsbahndirektionen Elberfeld, Essen, Köln,
Frankfurt a. M. und München an. Der Zweck
der Reise war, in dem wegen seiner besonderen
Höhenlage und Länge eigens dazu ausgeführten
Tunnel bei Heinsberg mit einem mit-
geführten Zeit-Funkwagen Versuche
anzustellen, um bei einem im Tunnel aus-
irgendem Grunde liegenden geblichenen Zuge
eine Verständigung zwischen der Zugspitze und
dem Zugschluß und den benachbarten Wagn-
höfen auf funktionstüchtigen Wege zur Herbeifüh-
rung von Hilfe usw. herbeizuführen. Wenn auch
am Vormittag die Versuchsfahrt die Versuche
nicht ganz einwandfrei gelangen, was wohl
auf den feuchten Luftdruck, der in dem langen
Tunnel immer vorherrschend ist, zurückzuführen
war, so waren nach Einstellung der Apparate
die am Nachmittag erneut vorgenommenen Ver-
suche sehr befriedigend. Auf der freien Strecke
haben schon von längerer Zeit die gleichen
Versuche zu den besten Erfolgen geführt.

Riesen-Defizite der Ruhrknappschaft.

Allein im Februar 800 000 Mark
Der Streik über die Ursachen.

Bogum, 15. März. In der Vorstandssitzung
der Ruhrknappschaft machte die Verwaltung
Mitteilung, daß die Knappschaftskrankenkasse in
den Monaten Dezember, Januar und Februar
ein Defizit gehabt habe, das im Februar z. B.
800 000 Mark betragen hätte. In der Haupt-
sache waren die Ausgaben für Krankengeld und
für Krankenhauseinweisung gestiegen. Die höhere
Inanspruchnahme des Krankengeldes ist nach
Ansicht der Verwaltung darauf zurückzuführen,
daß das Krankengeld ziemlich hoch sei, daß es
für Sonntag gezahlt wird und daß daneben
noch der Soziallohn von den Werken gewährt
werden müsse. Die Meinung zum Krank-
feiern sei deshalb in den letzten
Monaten besonders stark gewesen.
Auch glaubte die Verwaltung, daß das gegen-
wärtige Lohmsystem, nach welchem sich die
Versicherten zweimal im Jahre an anderen
Werken ummelden können, die Widerstands-
fähigkeit der Werke ermüde und diese deshalb
leichter geneigt seien, die Arbeitsunfähigkeit zu be-
scheinen. Die Versicherungsbeiträge hätten da-
gegen an, daß in der Hauptsache die höhere
Krankenziffer wohl auf die schlechten Gesund-
heitsverhältnisse zurückzuführen sei, unter denen
in den letzten 3 Monaten auch die übrige Be-
völkerung litt. Die Erfüllungskrankheiten hät-
ten in den vergangenen Monaten besonders stark
graffiert, so daß wohl hieraus sich eine Mehr-
belastung ergebe. Die Leistungen der Kranken-
kasse an Krankengeld für den wirklich Kranken
seien nicht zu hoch. Wegen Mißbräuche bei
Inanspruchnahme der Krankenkasse müßten
sich selbstverständlich auch die Versichertenver-
treter wenden, weil dies die Leistungen für die
wirklich Kranken, die die Knappschaftskranken-
kasse in so weitestgehendem Maße gewährt,
gefährdet. Sie wiesen darauf hin, daß die Kran-
kenhauspflegekosten nach ihrem Dafür-
halten viel zu hoch seien und daß ein Mißbrauch
von Seiten der Krankenhäuser dadurch erfolge,
daß die Knappschaftskrankenkasse länger als tunlich
in den Krankenhäusern festgehalten würden.
Der Vorstand war einstimmig der Auffassung,
daß von Seiten der Verwaltung alle Maßnahmen
zu treffen sind, um einer mißbräuchlichen Aus-
nutzung der Knappschaftskrankenkasse zu steuern.

Gelsenkirchen, 15. März. Der Gelsenkirchener
Gehaltsplan ist formell ausgearbeitet. Er
schließt in Einnahmen und Ausgaben mit
24 688 835 M. ab. Das bedeutet gegenüber dem
Vorjahr in den Ausgaben eine Steigerung um
1 674 150 M.

Essen, 15. März. (Zum Lastwagen getötet.)
In der Nähe des Parkfriedhofs wurde auf der
Steelerstraße eine Frau, als sie die Straßen-
bahn verließ und über die Straße gehen wollte,
von einem entgegengekehrter Richtung in
schnellem Tempo heranrückenden Lastwagen
überfahren und sofort getötet.

Essen, 15. März. (Von der Friedr. Krupp
A.-G. Essen.) Das Mitglied des Direktoriums
der Friedr. Krupp A.-G. Dr. Osterlen, hat nach
Abschluß der Umstellungsarbeiten nach Ges-
tellung grundlegender Richtlinien für die Zu-
kunft gebeten, von seiner Tätigkeit entbunden
zu werden.

Berlin, 15. März. (Verjüngter Raubüberfall.)
In der Friedrichstraße wurde die Ehefrau eines
Geschäftsmannes von einer unbekannten Person
angefallen und ihrer Handtasche, in der sich die
Taschengeld im Betrag von 200 M. befand be-
raubt. Auf die Hilferufe der Überfallenen war
der Chemann, der kurz hinter seiner Frau den
gleichen Weg kam, zur Stelle. Nun ergriff der
Mörder die Flucht. Die Tasche mit Inhalt warf
er wieder fort. Unverkannt konnte der Täter ent-
kommen.

Duisburg, 15. März. (Die vergessene
Sprengkapsel.) Unglückliche Umstände brachten
den Bergmann Jakob S. aus Duisburg vor das
Schöffengericht. Er hatte eines Tages im Ge-
stein in der Grube eine Sprengkapsel gefunden
und diese eingeklebt. Wegen lassen durfte er
es nicht, denn dadurch hätte ein größeres Un-
glück entstehen können. Er vergaß später die
Kapsel dem zuständigen Beamten auszuliefern
und befreite sie in der Tasche. Als er kurz dar-
auf eine Gefängnisstrafe auferlegt wurde, wurde

beim Durchsuchen der Kapsel ge-
funden. Gegen S. wurde Anzeige wegen Ver-
gehens gegen das Sprengstoffgesetz erstattet.
Die Zukunft des Bergwerks lautete für den
Angeklagten sehr günstig. Die Kapsel sei un-
brauchbar und habe keinen Sprengstoff ent-
halten. Es handle sich nur um eine Hülse,
die den Bestandteil einer Sprengkapsel bilde.
Einen Diebstahl erblicke die Besche in der An-
eignung der Hülse nicht. Das Gericht, das
nach dem Inhalt des Beschees urteilen mußte,
hielt den Angeklagten trotz der günstigen Aus-
kunft der Besche für überführt, da er beim
Anklicken der Kapsel der Meinung gewesen
sein mußte, daß diese Sprengstoff enthielt. Es
wurde auf 3 Monate Gefängnis erkannt. Eine
Strafauflage wurde dem Angeklagten gegen
Zahlung einer entsprechenden Geldbuße in Aus-
sicht gestellt. Der Angeklagte nahm das Ur-
teil nicht an.

Duisburg, 15. März. (Was Duisburg für
den Sport ausgibt.) In dem Haushaltsplan der
Stadt Duisburg ist für den Etat des Stadtmates
für Wettkämpfe ein Zuschuß von 640 000 M.
eingesetzt worden, was einer Erhöhung gegen-
über dem Vorjahre nicht weniger als der Sum-
me von 118 000 M. gleichkommt.

Duisburg, 15. März. (Delegiertenkonferenz
des Christlichen Metallarbeiterverbandes für die
eisenhaffende Industrie.) In Duisburg fand
eine vom Christlichen Metallarbeiter-Verband
einberufene Konferenz der Metallarbeiter für
die eisenhaffende Industrie statt, die von 500
Delegierten aus allen Teilen Deutschlands be-
sucht war, und die zu den schwelenden sozial- und
wirtschaftspolitischen Fragen, besonders aber zu
der Frage der Arbeitszeit, Stellung nahm. Aus
dem eingehenden Bericht des 1. Verbands-Vor-
sitzenden Weber, W. d. M. des 2. Vorsitzenden
Schmidt und einer ausgedehnten Diskussion ging
klar die Forderung nach Wiedereinführung der
dreizehnteiligen Schicht in der Schwerindustrie und
des Achtstundentages als höchst zulässige Ar-
beitszeit in der Metallindustrie hervor. Die
Konferenz nahm scharf Stellung gegen das Ue-
berstundenwesen und die Sonntagsarbeit. Den
Regierungsentwurf zur Arbeitszeitverordnung
lehnte die Konferenz als unbefriedigend ab
und hielt eine Reihe von Verbesserungen für un-
bedingt geboten.

Gamborn, 15. März. Ein neuer Theater-
Gastspielvertrag ist zwischen den Städten Ober-
und Gamborn abgeschlossen worden. Danach
soll Gamborn seine Musikbühne für klassische
und moderne Operette auch für Kammeroper
aus, während Oberhausen sich auf das Schauspiel
jeder Gattung konzentriert.

Gamborn, 15. März. Gamborns Haushalts-
plan für 1927/28 weist eine Gesamteinnahme von
29 571 000 M. und eine Gesamtausgabe von
30 308 000 M., mithin einen ungedeckten Fehlbe-
trag von 737 000 M. auf.

Darmen, 15. März. (Selbstmord im Ge-
fängnis wegen mißlungener Flucht.) Ein Ar-
beiter, der von der Kriminalpolizei in das Voll-
zeugsgefängnis eingeliefert worden war, griff den
Anseher, der ihm das Abendbrot brachte, mit
einer Pistole an und gab zwei Schüsse auf ihn ab,
die aber fehlschlugen. Als er aber nicht weiter
kam, gab er einen Schuß auf sich ab. Er war so-
fort tot.

Düsseldorf, 15. März. (Der geheimnisvolle
Gefährliche, die widerstanden wurden.) Seit dem
7. Februar ist der Schachmeister Aloys Müller,
der sich zuletzt in Meinerzhausen in Westfalen auf-
gehalten hatte, spurlos verschwunden.
Sein Sohn, der Telephonist Theodor Müller,
hat sich, wie berichtet, jetzt selbst der Polizei
in Düsseldorf gestellt und gibt an, am
20. Februar abends nach einer Auseinanderset-
zung seinen Vater in Duisburg in den Hafen ge-
schoben zu haben. Nachdem er den Vorfall bis ins
kleinste geschildert hatte, widerrief er das
Gesandnis und gab an, seinen Vater von Mei-
nerzhausen nach Duisburg bestellt zu haben, um
ihn zu töten. Er habe ihn jedoch nicht in den Ha-
fen geschoben, sondern sei mit ihm unter dem Vor-
wand, eine Wirtschaft jenseits des Rheins zu be-
suchen, zur Rheinbrücke bei Hochfeld gegangen.
Auf dieser Brücke habe er einen Streit mit sei-
nem Vater inszeniert, ihn ermordet und dann in
den Rhein geworfen. Auch dieses Gesandnis
widerrief Müller und erklärte am anderen
Morgen, er habe seinen Vater nicht in den Rhein
geworfen, sondern am 13. Februar abends hin-
ter einer Scheune in Endingen bei Düsseldorf er-
schlagen und die Leiche in den Rhein geworfen.
Diese Darstellung nahm Müller nach kurzer Zeit
auch zurück und behauptete nunmehr, seinen
Vater am 9. Februar in seiner Wohnung wäh-
rend des Schlafes mit einem Hammer er-
schlagen zu haben. Er habe dann die Leiche in
ein Tuch gewickelt und einen Tag in seiner Woh-
nung liegen lassen. Später habe er die Leiche
zerstückelt, das Fleisch verbrannt und die
Knochen mit dem Kopf in die Kleidungsstücke
des Ermordeten gewickelt und das Ganze in den
Rhein geworfen. Kurz vor seiner Vorführung
zum Amtsrichter bezeichnete Müller diese Anga-
ben als falsch. Ueber die ganze Angelegen-
heit schwebt bis jetzt tiefstes Dunkel, das noch
nicht geklärt werden konnte. Rest steht nur, daß
der Vater des M. seit dem 7. Februar verschwun-
den ist. Müller wurde in Untersuchungshaft ge-
nommen.

Düsseldorf, 15. März. (Eine Schwedensfahrt
im Theateromnibus.) Einige Autobusse der
Reichspost, die Mitglieder des Düsseldorfer Stadt-
theaters zu einer „Tannhäuser“-Aufführung nach
Solingen bringen sollten, befanden sich auf
der Fahrt kurz hinter Venrath, als ein Doppel-
wagen einen der Omnibusse überholen wollte. In
diesem Augenblick kam von der anderen Seite ein
Auto entgegen. Der überholende Wagen fuhr
jedoch so nahe an den Omnibus heran, daß der
Omnibus-Chauffeur befürchtete, der Wagen zu
streifen. Er wich deshalb nach rechts aus und
muß dabei abgelenkt sein. Der Wagen
fuhr mit voller Wucht gegen einen Chauffeurbaum,
der den Sturz in die hochgehende Itter anhielt.
Der Kähler wurde eingedrückt und alle Fenster-
scheiben zertrümmert. Die Wirkung des An-

dralles war so stark, daß der Chauffeur sofort
durch die Führungsscheibe geschleu-
dert wurde. Die umherfliegenden Scherben
verletzten die Insassen mehr oder weniger schwer.
Dem Chauffeur ist der Darm an zwei Stellen
zerissen. Ebenfalls schwer, wenn auch nicht le-
bensgefährlich verletzt wurde das Choristmitglied
Heinz Schröder. Glasplitter hatten die Schlä-
der zertrümmert und großen Blutverlust verur-
sacht. Der Tenor K. Hoffmann erlitt eine
Schnittwunde am Munde.

Düsseldorf, 15. März. (Der bestialische
Unbekannte.) In der Nacht wurden Passanten
im Stadtteil Oberkassel durch Hilferufe auf eine
61-jährige Frau aufmerksam, die
hilflos auf einem freien Gelände lag. Nach
ihren Angaben war sie im Stadtimern von
einem Unbekannten angegriffen worden, der
sie zu seiner Wohnung in Oberkassel mitnehmen
wollte. Auf dem Wege dorthin, auf einem
freiliegenden Grundstück, hatte der Unbekannte
die Frau überfallen, mit einem scharfen Gegen-
stand geschlagen und an Hand und Kopf schwer
verletzt. Als sie zu Boden gefallen war, hätte
der Täter noch weiter in bestialischer Weise auf
sie eingeschlagen, bis sie fast regungslos dage-
legen hätte. Dann hätte der Unbekannte sie auf-
genommen und eine weitere tiefe Wundung
heruntergeworfen. Als sie von einer leichten
Ohnmacht erwacht wäre, sei der Täter ver-
schwunden gewesen.

Düsseldorf, 15. März. Durch eigenen Reicht-
tum zu Tode gekommen ist in den ersten Mor-
genstunden ein junger Arbeiter. Auf dem Heim-
wege von einem Ausgange, den er mit mehreren
Freunden unternommen hatte, zog er plötzlich
einen Revolver aus der Tasche und hielt sich die
Waffe an die Schläfe. Trotz der Warnungen
seiner Freunde drückte er, in der Annahme die
Waffe sei nicht geladen, los. Mit durchschossenen
Schläfen brach er tot zusammen.

Münster, Minden u. Sauerland

Münster, 15. März. (Vom eigenen Ba-
ter angeschossen.) In der Nacht zum zweiten
Weihnachtstage wurden die Anwohner der
Ewaldstraße gegen 2 Uhr durch zwei schnell
aufeinander folgende Revolvergeschosse aus dem
Schlaf geweckt. Eine Streife der Schutzpolizei
stellte fest, daß der Maurer Bernhard Wimmer
auf seinen eigenen Sohn geschossen hatte. Der
Sohn war am Unterarm verletzt und mußte
zum Clemenshospital geschafft werden. Die
Voruntersuchung ergab, daß der ungeratene
Sohn, der mit wenigen Tagen vorher aus der
Strafhaft entlassen worden war und dem Vater
die Fensterhebel seiner Wohnung eingeschlagen
hätte. Der Vater hatte sich nunmehr vor dem
Amtsgericht wegen „qualifizierten Waffenge-
brauchs“ zu verantworten. Er gab an, nicht ge-
wußt zu haben, daß sein Sohn vor dem Fenster
gestanden habe. Plötzlich seien die Fenster-
hebel seines Zimmers zertrümmert worden
und aus Angst vor Einbrechern will der An-
geklagte dann den verhängnisvollen Schuß ab-
gegeben haben. Angesichts dieser unwiderlegten
Angabe erachtete das Gericht eine Geldstrafe
von 50 Mark als angemessene und ausreichende
Sühne. Der Amtsanwalt hatte 3 Monate Ge-
fängnis beantragt.

Paderborn, 15. März. (Eine unglückliche
Kloßheit.) Der 18-jährige Arbeiter Grimm aus
Winfel bei Höxter lachte seine 12-jährige
Schwester in den Wald und brachte dem Kinde
mit einem Messer mehrere gefährliche Schnitt-
wunden bei. Er ließ dann das blutüberströmte
und kläglich wimmernde Kind im Walde liegen,
bis Waldarbeiter das Kind später fanden. Der
Kloßling wurde verhaftet.

Von Rhein und Mosel

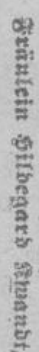
Mörs, 15. März. (Rheinhausen tritt Hohe-
mündung an Uerdingen ab.) Nach den neuen Ver-
handlungen der Stadt Uerdingen mit den Lan-
dräten der benachbarten Kreise unter dem Vor-
sitz des Regierungspräsidenten Bergmann wird
bekannt, daß die Wälsche Uerdingens, die auf
eine sehr starke Ausdehnung nach Norden zu in
den Kreis Mörs hineingingen, nur insofern Ver-
zögerung fanden, als die Bürgermeisterei
Rheinhausen das Dorf Hohenbuberg, dessen Ge-
markungen schon fast in den Händen der Uer-
dinger Industrie ist, an die Stadt Uerdingen
abtrifft. Die Selbständigkeit der Landgemeinde
Kaldenhausen, die dem Kreis Mörs und der Bür-
germeisterei Rheinhausen verbleibt, ist für die
Zukunft gesichert.

Mörs, 15. März. (Immer wieder das ver-
tehrswürdige Unfallschicksal.) Ein schweres Un-
glück ereignete sich auf der Prämienstraße, et-
wa zwischen den Dörfern Zopp und Kopp-
berg. Zwei Radfahrer fuhr dort in Richtung
Vergangenheit und benutzten vorschriftswidrig die
linke Straßenseite; ein zu ihnen gehörender
großer Schafhund lief in der Straßenmitte frei
zwischen den Radfahrern her. Da kam von Ver-
gangenheit her in Richtung Mörs ein Person-
kraftwagen, der, wie vorgeschrieben, die rechte
Seite der Fahrbahn benutzte. Plötzlich wurde
der Hund von dem Wagen erfasst und auf der
Stelle getötet. Durch den dabei entstandenen
Stoß verlor der Führer die Gewalt über das
Steuer und fuhr in einen Graben, wobei der
hintere Teil des Autos mit voller Wucht gegen
einen Baum geschleudert wurde. Zwei der Ins-
assen fielen aus dem Wagen hinaus auf ein
nebenan liegendes Feld. Eine im Wagen befind-
liche Dame erlitt infolge der heftigen Erschüt-
terung einen Ohnmachtsanfall und hat schwere in-
nere Verletzungen davongetragen. Man nimmt
an, daß die Schuld einzig und allein die beiden
Radfahrer trifft, da sie die falsche Straßenseite
benutzten und außerdem den mitlaufenden Hund
ohne genügende Aufsicht ließen.

Frankfurt, 15. März. (Selbstmord eines
Arztes.) In Offenbach am Main hat sich in
der Nacht der praktische Arzt Dr. Samann
aus Trauer über den Tod seiner
Frau erschossen.

Dann, in jenen Tagen, als ich meinen
theuersten Plan entzog und überlegte, begreif-
lich, daß ich Winter werden sollte. Der Winter
bestand es mir. Ich dachte nun, daß ich nicht

„Obstige Belüste und eine lauge Schlitten fuhr ich, etwas verfrüht, etwas soßeitschollas geht von dir aus. Mir ist, als ob ich immer mit dir lachen und dich anderen mitter.“



er in derselben Weise wie im vergangenen Jahr diesmal hat im Geschäftseiner von der schätzungen Gamble den Anstieg an die Zahl der verbrauchten

— ୫୩୭ —

alles, und immer, stenne mit mir
überlebend: ich kann mit tatsächlich ein
Sehen ohne sie nicht mehr denken. Du und die
— nun ja, das steht auf einem andern
Blatt. Sie soll zwischen ein Dorf sein, mit

Erzählung von Friedrich Schlegel.

mal zu Grotz Stahl gehen, ich hab' es ihr ja
geschnal verprochen. Aber tatsächlich, wenn
kommt zu nichts. Leute sind wir zu Fuß
gefallen, und wollen kommt die Hausnummer
den die Kinder nicht. Zwei haben

zu
„Für's Heim“.



und eine Dame regelmäßig folgend zu seinem
Frau herüberziehen. „Kennst Du die Leute
Nun?“ fragte er sie. Frau Nunn rühte sich
auf. „Ich kenne's wirklich nicht. Die
Meffen.“